

seduta n. 121 del 10 giugno 1997

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.25)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Giovanazzi vormittags, Delladio, Frasnelli und Andreotti.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Mitteilungen:

Am 14. Mai 1997 haben die Regionalratsabgeordneten Pino Morandini und Mauro Delladio den Gesetzentwurf Nr. 90: „Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, in geltender Fassung“ eingebracht.

Einige Gemeinden des Trentino haben den Regionalrat ersucht, die Reform des Wahlsystems des Regionalrates voranzutreiben.

Mit Schreiben vom 23. Mai hat der Regionalratsabgeordnete Domenico Fedel mitgeteilt, daß ab genanntem Tag die Bezeichnung seiner Ratsfraktion in „Ladins- Autonomia Trentino Integrale“ abgeändert wird.

Mit Schreiben vom 3. Juni 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Franco Ianieri mitgeteilt, daß die Bezeichnung der von ihm vertretenen politischen Bewegung in „I Liberali - Unione di Centro Liberale“ abgeändert wird.

Der Vorsitzende der Wahlprüfungskommission hat mitgeteilt, daß die Wahlprüfungskommission in der Sitzung vom 15. Mai 1997 mehrheitlich beschlossen hat, daß zu Lasten des Regionalratsabgeordneten Renzo De Stefani keine Unvereinbarkeits- und Unwählbarkeitsgründe festgestellt worden sind.

In derselben Sitzung wurde von den Anwesenden einhellig beschlossen, daß das von Herrn Regionalratsabgeordneten Roland Atz bei der Gesellschaft Sportring Bozen bekleidete Amt mit seinem Mandat als Regionalratsabgeordneter der Region Trentino-Südtirol vereinbar ist.

Mit Schreiben vom 2. Juni 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Nerio Giovanazzi den Gesetzentwurf Nr. 91: Änderungen des Regionalgesetzes vom 26. Februar 1995, Nr. 2 betreffend „Bestimmungen über die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol“ eingebracht.

Am 6. Juni 1997 haben die Regionalratsabgeordneten Lelio Boldrini, Sergio Divina und Maurizio Tosadori den Beschlußantrag Nr. 179 „Die Fremdenverkehrsämter und die

Freiwilligkeitsarbeit leben lassen“ und den Beschlußantrag Nr. 180 „Wahlrecht für die Einwanderer? Nein Danke!“ eingebracht.

Mit Schreiben vom 6. Juni 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Sergio Muraro seinen Rücktritt von der 2. Gesetzgebungskommission angekündigt.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

- * die Anfrage Nr. 307, eingebracht von den Abgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Absicht des Regionalausschusses, in dem sich im Bau befindenden Gebäude auf dem Terrain des ehemaligen Hotel Greif Räumlichkeiten anzukaufen;
- * die Anfrage Nr. 308, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Binelli, betreffend die Landeskommission für das Genossenschaftswesen;
- * die Anfrage Nr. 309, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Binelli, betreffend die Namen der Freiberufler, denen die Landeskommission für das Genossenschaftswesen Revisionsauftr ge erteilt;
- * die Anfrage Nr. 310, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tarfusser und Leitner, betreffend ein Seminar über die Sekte Scientology, das am 8. und 9. Mai 1997 in der Cusanus Akademie in Brixen stattgefunden hat;
- * die Anfrage Nr. 311, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend ein Abendessen, zu dem die Region den Journalisten Demetrio Volcic in Bellamonte eingeladen hat;
- * die Anfrage Nr. 312, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tarfusser und Leitner, betreffend ein von der Region lediglich in italienischer Sprache verfa tes Begleitschreiben zu einem Gesetzentwurf der Region, welcher an die Bürgermeister, Gemeinderäte, Gewerkschaften und verschiedene Vereinigungen verschickt worden ist;
- * die Anfrage Nr. 313, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Sekretäre des Vizepräsidenten und Regionalassessors Dr. Franz Pahl;
- * die Anfrage Nr. 314, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Finanzierung von Chorveranstaltungen von seiten des Regionalausschusses;
- * die Anfrage Nr. 315, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Ersatzbediensteten des Regionalausschusses;
- * die Anfrage Nr. 316, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Messner, betreffend ein von der Region lediglich in italienischer Sprache verfa tes Begleitschreiben zu einem Gesetzentwurf der Region, welcher an die Bürgermeister, Gemeinderäte, Gewerkschaften und verschiedene Vereinigungen verschickt worden ist;
- * die Anfrage Nr. 317, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend den Antrag auf einen Verweis der Bediensteten des Katasteramtes von Schlanders.
- * die Anfrage Nr. 318, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Überstundenarbeit beim Regionalausschuß. Hat Präsident Grandi ein Kabinettsamt mit unterbesetztem Stellenplan oder setzt er das Personal für unrechtmäßige Arbeiten ein?

- * die Anfrage Nr. 319, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Ianieri, betreffend die Ausarbeitung eines Gesamtprojektes, mit welchem die Luftverschmutzung längs der gesamten Strecke der Autobahn reduziert wird;
- * die Anfrage Nr. 320, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo, betreffend den vom Regionalassessor für die Lokalkörperschaften eingebrachten Gesetzentwurf über das Arbeitsverhältnis der öffentlichen Bediensteten der Lokalkörperschaften - Rezipierung des Staatsgesetzes Nr. 412/92.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- * die Anfrage Nr. 297, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Entscheidungen des Regionalrates, für die Verbreitung der Information über die institutionelle Tätigkeit auch den Dienst der Presse, Nachrichtenagenturen und Rundfunk- und Fernsehsender in Anspruch zu nehmen;
- * die Anfrage Nr. 300, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori, betreffend die Abwesenheit des Personals beim Grundbuchsamt in Bozen;
- * die Anfrage Nr. 303, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Anbringung von Lärmschutzwänden entlang der Brennerautobahn;
- * die Anfrage Nr. 304, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori: Wird das Kataster in Bari oder in Albanien erstellt?;
- * die Anfrage Nr. 307, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Absicht des Regionalausschusses, in dem sich in Bau befindenden Gebäude auf dem Terrain des ehemaligen Hotel Greif Räumlichkeiten anzukaufen;
- * die Anfrage Nr. 308, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Binelli, betreffend die Landeskommission für das Genossenschaftswesen.

Der Text der Anfragen Nr. 297, 300, 303, 304, 307 und 308 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Auf Tagesordnungspunkt 13) steht: Abhaltung einer Regionalratssitzung zum Thema der Reform des Wahlsystems des Regionalrates. Im Namen des Fraktionssprecherkollegiums beantrage ich, diesen Punkt von der Tagesordnung zu streichen.

Es war Absicht, in Vorarbeit zu einem entsprechenden Gesetzentwurfes eine generelle Debatte über das Wahlrecht abzuhalten. Inzwischen ist der Gesetzentwurf vom Ausschuß vorgelegt worden und er steht in der Gesetzgebungskommission zur Behandlung an, sodaß also die Fraktionssprecher mich beauftragt haben, vorzuschlagen diesen Punkt zu streichen. Wir möchten inzwischen den Gesetzentwurf abwarten und dann über denselben beraten und nicht eine allgemeine Debatte abhalten. Ich möchte das jetzt zur Kenntnis bringen und wenn keine Einwände erhoben werden, dann gilt Punkt 13) der Tagesordnung als gestrichen, und wir beraten über das Wahlrecht des

Regionalrates und damit der beiden Landtage in dem Moment wo der Gesetzentwurf oder die Gesetzentwürfe - es gibt ja mehrere - in die Aula kommen.

Ich sehe keine Widersprüche und damit ist Punkt 13) von der Tagesordnung gestrichen. Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung. Wer meldet sich zum Protokoll zu Wort? Niemand. Dann gibt es keine Einwände und das Protokoll gilt als genehmigt.

Jetzt kommen wir zum **Gesetzentwurf Nr. 86: Änderung zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) eingebracht vom Regionalausschuß**. Das Gesetz steht in Behandlung und wir sind jetzt beim Artikel 2-ter von den Abg. Pinter, Gasperotti und anderen.

È inserito il seguente articolo 2-ter:

Art. 2-ter

(Modifiche all' art. 8 della legge regionale 4 gennaio 1993, n° 1)

1. Al comma 2 dell' art. 8 della legge regionale 4 gennaio 1993, n° 1, è aggiunto il seguente comma: "2 bis. I consiglieri hanno diritto ad accedere ai documenti prodotti dalla giunta provinciale in sede di vigilanza e controllo degli atti deliberativi del comune".

Abänderungsantrag, eingebracht von Pinter, Gasperotti und anderen. Es wird folgender Artikel 2-ter eingefügt:

Artikel 2-ter

(Änderungen zu Artikel 8 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)

1. Bei Absatz 2 des Artikels 8 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird folgender Absatz hinzugefügt:

"2-bis. Die Ratsmitglieder haben das Recht, die Unterlagen einzusehen, die der Landesauschuß bei Überwachung und Kontrolle der Beschlußfassungsakte der Gemeinde erstellt."

Wir sind dabei ein zusammenfassendes, übersichtliches Paket der Abänderungsanträge zu kopieren und zu verteilen. Inzwischen bitte ich Sie um ein bißchen Geduld.

Der Abgeordnete Pinter hat das Wort.

PINTER: Grazie, signor Presidente. La motivazione di questo emendamento, che recepisce una delle richieste avanzate dalla Conferenza dei Consiglieri di minoranza del Trentino, riguarda un reale accesso ai documenti amministrativi da parte dei consiglieri comunali. Ora, se questo è permesso in sede di amministrazione comunale, il problema sorge quando, in sede di vigilanza e controllo degli atti deliberativi del comune da parte della Giunta provinciale, ci sia l'esigenza da parte dei consiglieri comunali di conoscere quali sono le valutazioni fatte dalla Giunta provinciale in merito agli atti sottoposti a controllo, quindi la richiesta andrebbe in direzione di permettere a tutti i consiglieri comunali di conoscere gli eventuali rilievi avanzati in sede di vigilanza e controllo degli atti degli enti locali.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter. Wer möchte dazu Stellung nehmen?
Bitte, Frau Abgeordnete Klotz.

KLOTZ: Es ist ein sehr berechtigtes Anliegen. Vor allen Dingen für jene Gemeinderäte, die eben genauestens mitdenken und die auch selbstverständlich verschiedene Anliegen genau untersuchen. Sie sollen im Sinne der Transparenz aber auch im Sinne der Aufwertung des Gemeinderates selbstverständlich die Möglichkeit und das Recht haben, alle Unterlagen einzusehen, die der Landesausschuß bei Überwachung und Kontrolle der Beschlußfassungsakte der Gemeinde erstellt. Mir scheint das im Grunde genommen eine demokratische Selbstverständlichkeit zu sein. Das Recht auf Information ist das allererste, wenn jemand seine Aufgabe pflichtbewußt wahrnehmen soll und wenn er vor allen Dingen im Sinne der Bürger arbeiten soll. Dann muß er wissen was von den Beschlüssen gutgeheißen wird und was nicht angenommen wird und warum etwas nicht angenommen wird, weil irgendwelche Rechte mißachtet werden, weil irgendwelche Bestimmungen nicht eingehalten werden. Das ist das allererste, der Zugang zu den Unterlagen und das Recht der Einsicht in diese Unterlagen und Begründungen beispielsweise einer Ablehnung, also Einsicht zu bekommen in alle diese wichtigen Unterlagen. Aus diesem Grunde ein klares „Ja“ zu einem solchen Antrag.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Altri consiglieri intendono intervenire sull'emendamento? Nessuno.
La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Collega Pinter, questo emendamento fa parte di 4 emendamenti che non possiamo accettare, perché partendo da questi emendamenti, gli atti in questione sono della Provincia e non della Regione, questo emendamento va in contrasto con la normativa provinciale in materia di diritto d'accesso, che sottrae gli atti provinciali riguardanti il controllo sugli atti deliberativi comunali dall'ambito degli altri atti

accessori. Su questa questione andiamo a trattare atti della Provincia che non possiamo trattare, di conseguenza dobbiamo respingere questo emendamento.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento...

(interruzione)

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'art. 2 ter:

Votanti	59
schede favorevoli	15
schede contrarie	42
schede bianche	2

Il Consiglio non approva.

Dò lettura dell'emendamento, prot. n. 8922, che recita: è inserito il seguente articolo 2-quinquies:

Art. 2-quinquies

(Modifiche all'art. 7 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1)

1. Al comma 4 dell'art. 7 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, successivamente modificato dall'art. 60 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è aggiunto il seguente periodo: "Nei comuni con popolazione fino a 3 mila abitanti, dove esistano più gruppi di minoranza, vengono nominati due componenti delle minoranze, fatto salvo il rispetto di diversi criteri per le commissioni stabilite da leggi o statuti di enti esterni al comune."

L'emendamento porta la firma dei cons. Pinter, Gasperotti e De Stefani.

Prego il cons. Denicolò di dare lettura del testo in lingua tedesca.

DENICOLO': Änderungsantrag zu Artikel 2, eingebracht von den Abgeordneten Pinter, Gasperotti und De Stefani.

Es wird folgender Artikel 2-quinquies eingefügt:

Artikel 2-quinquies

(Änderungen zu Artikel 7 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)

1. Bei Absatz 4 des Artikels 7 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, nachfolgend geändert mit Artikel 60 des Regionalgesetzes vom 30 November 1994, Nr. 3 wird folgender Satz hinzugefügt: "In den Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl bis zu 3.000 Einwohner, in denen es mehrere Minderheitsgruppen gibt, werden zwei Mitglieder der Minderheiten ernannt; unbeschadet bleibt die Beachtung der verschiedenen Kriterien für die Kommission, welche mit Gesetzen oder mit Satzungen außenstehender Körperschaften eingesetzt werden."

PRESIDENTE: Intende illustrarlo, collega Pinter? A lei la parola.

PINTER: Grazie, signor Presidente. Lo scopo di questo emendamento è quello di tenere conto che con la nuova legge per l'elezione diretta del sindaco, la rappresentanza delle minoranze all'interno dei consigli comunali è modificata. Infatti precedentemente la formazione di una maggioranza rispecchiava la volontà della maggioranza dell'elettorato e dei gruppi che l'elettorato aveva eletto, oggi con il sistema maggioritario sotto i 3 mila abitanti può accadere, come accade, che una lista con il 30% dei voti ottenga i 2/3 dei consiglieri.

Questo vuol dire che le altre liste, che quindi a questo punto sono numerose e possono rappresentare loro stesse in realtà i 2/3 dell'elettorato, si ritrovano con una minima rappresentanza, a parte questo fatto, è chiaro che quando ci sono da fare, come in questo caso, delle nomine di minoranza, rappresentare con un solo componente le diverse minoranze che ci sono e che a questo punto non è una sola minoranza, ma sono più minoranze per il sistema maggioritario, diventa difficile. Qui ho recepito un'altra delle proposte - su tutte non sono d'accordo - avanzate dal Coordinamento delle minoranze in Trentino, che dice di permettere, nei comuni sotto ai 3 mila abitanti, una garanzia di rappresentanza delle minoranze di due consiglieri.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Pinter?

La parola alla collega Klotz.

KLOTZ: Wenn man von der Situation in Südtirol ausgeht, wo es eine ganze Reihe von Gemeinderäten gibt, in denen die Opposition überhaupt nicht vertreten ist, d.h. wo praktisch Gemeinderat und Gemeindeausschuß aus einer einzigen Partei kommen - im Trentino mag das zwar ein bißchen anders sein -, so kann man diesem Antrag nur unterstützen.

Gute Verwaltung gibt es nur dort wo es auch eine entsprechend starke Opposition gibt, weil sich die Mehrheit bewähren muß und weil sich die Mehrheit eben immer mehr zusammenreißen muß als dort wo sie sowieso nicht gefährdet ist, weil sie mehr als die absolute Mehrheit hat. Wenn sie dann ganz absolut regiert, d.h. ohne einen einzigen Minderheitenvertreter, dann wird das ganze natürlich noch einmal eklatanter. Das ist ganz klar. Sie braucht sich ja im Grunde gar nicht besonders anzustrengen, wenn

sie sowieso ganz allein regieren kann, niemand kontrolliert, niemand überprüft irgend etwas, dann kann sie im Grunde tun und lassen was sie will.

Infolgedessen ist die Aufwertung der Opposition selbstverständlich immer etwas Positives in unseren Augen, es belebt die Konkurrenz und es wird auch Gewähr dafür sein, daß wie gesagt genauer kontrolliert wird, daß das ganze eben in These-Antithese oder in einem entsprechenden Dialog verbessert wird. Nach dem Motto, vier Augen sehen immer mehr als zwei, kann man auch sagen, daß die parteipolitische Einäugigkeit nie positiv ist. Es ist immer gut wenn es andere Gruppierungen gibt, die einen anderen Standpunkt einbringen, die vielleicht auch neue Argumente einbringen. Nur so gibt es überhaupt Innovation und nur so gibt es überhaupt eine vertiefte Überprüfung. Infolgedessen ist auch das ein berechtigtes Anliegen und gleichgültig ob es nun für das Trentino allein zutrifft. Ich würde es für Südtirol auf jeden Fall gutheißen. Ich kann mir vorstellen, daß es auch im Trentino Berechtigung hat, einen solchen Antrag einzubringen und zu vertreten.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire prima di dare la parola alla Giunta? Nessuno.

Prego, assessore Chiodi.

CHIODI: Molto brevemente, perché dicevo prima al collega Pinter che questi quattro emendamenti presentati non possono essere accettati. Come gli altri colleghi della Provincia di Trento, ho avuto anch'io incontri con queste rappresentanze delle minoranze trentine, però per quanto riguarda questo emendamento si tenga conto che rientra nell'autonomia comunale stabilire la misura di partecipazione delle minoranze. C'è anche un discorso un po' complicato dal punto di vista tecnico, però, collega Pinter, questi emendamenti non sono emendamenti che possiamo accettare in questo passaggio.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire?

Collega Klotz, ha richiesto la votazione per scrutinio?

Non posso pregare i colleghi di comprendere che andando avanti così, con tutti gli emendamenti...

(interruzione)

PRESIDENTE: E' nel suo diritto, collega, però faccio presente che ogni volta...

(interruzione)

PRESIDENTE: Non ho visto 5 mani alzate. Bene, ora ci sono.

Siamo in votazione per scrutinio segreto.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	58
schede favorevoli	17
schede contrarie	38
schede bianche	3

Il Consiglio non approva.

Abbiamo un altro emendamento, prot. n. 8922, l'art. 2-septies, a firma dei cons. Pinter ed altri:

Art. 2-septies

(Modifiche all'art. 14 della legge regionale 4 gennaio 1993, n.1)

1. Al comma 1 dell'art. 14 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, è aggiunto il seguente comma:

“1-bis Ove la spesa prevista a bilancio superi i

- 500 milioni per i comuni fino a 1.000 abitanti
- 1 miliardo per i comuni tra 3.000 ed i 10.000 abitanti
- 2 miliardi per i comuni con più di 10.000 abitanti

la giunta comunale delibera il progetto definitivo, dopo avere sentito il parere del consiglio comunale.”.

Prego dare lettura del testo in lingua tedesca.

DENICOLO': Änderungsantrag zum Artikel 2, eingebracht vom Abgeordneten Pinter und anderen.

Es wird folgender Artikel 2-septies eingefügt:

Artikel 2-septies

(Änderungen zu Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)

1. Im Absatz1 des Artikels 14 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird folgender Absatz hinzugefügt:

" 1-bis. Wenn die im Haushalt vorgesehene Ausgabe:

- 500 Millionen für Gemeinden bis zu 1.000 Einwohnern
- 1 Milliarde für Gemeinden zwischen 3.000 und 10.000 Einwohner
- 2 Milliarden für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner

übersteigt, beschließt der Gemeindevorschuss nach Anhören des Gemeinderates über das endgültige Projekt."

PRESIDENTE: Intende intervenire, collega Pinter?

A lei la parola.

PINTER: Grazie, Presidente. A dire il vero avevo presentato insieme ad altri colleghi due emendamenti di contenuto sostanzialmente analogo: uno è questo che risulta legato ad importi ed un secondo emendamento che invece tratta le percentuali riferite al bilancio. Spiego qual è il problema. Il problema è quello che con il nuovo ordinamento dei comuni il consiglio comunale si ritrova in larga parte espropriato delle vecchie competenze, prima il consiglio comunale deliberava per quello che riguarda, ad esempio, la realizzazione delle opere pubbliche, deliberava per tutte le opere pubbliche significative - diciamo così -, perché la competenza della giunta comunale era limitata a valori piuttosto bassi in termini di importo per le singole opere. Ora con il nuovo ordinamento di fatto non passano in consiglio comunale, se non attraverso i piani generali o i bilanci, le decisioni circa le opere relative ad un territorio comunale, immaginatevi soprattutto per un'amministrazione che il consiglio non possa nemmeno dire la sua rispetto a quelle due o tre opere al massimo di una certa rilevanza che in un anno possono interessare il territorio comunale.

Penso che questo sia negativo comunque, perché tanto non è che possa essere d'ostacolo infinito alla maggioranza e comunque la maggioranza ha numeri tali da garantirsi il controllo del consiglio comunale, mentre sarebbe giusto che il dibattito che può crearsi intorno alla realizzazione di una infrastruttura o di un'opera destinata alla collettività, di una rete fognaria, di una rete energetica o di quello che volete, sarebbe importante che i consiglieri potessero dire la loro. Allora ho fatto due emendamenti, se c'è un interesse della Giunta regionale a confrontarsi su questo, possiamo anche valutare se ritirarne uno o lasciare la discussione solo sull'altro, ma in via preliminare ho posto le due formulazioni, prevedendo che il consiglio comunale esprima il proprio parere, non è nemmeno un voto vincolante, sulle opere che superano il valore di 500 milioni per i comuni fino a 1.000 abitanti, 1 miliardo per i comuni tra i 3.000 e i 10.000, 2 miliardi per i comuni con più di 10.000 abitanti, sono dei valori che cercano di tenere conto del significato delle opere, altrimenti il secondo emendamento prevede una percentuale fissa sull'ammontare della spesa per gli investimenti che una amministrazione comunale sostiene nel corso di un anno, quindi, purtroppo con la confusione degli emendamenti ho perso il testo, ma mi sembra riportasse il 10% del valore dell'ammontare degli investimenti. Ecco il testo: 'Ove la spesa prevista a bilancio superi 1/10 della spesa per investimenti, la giunta comunale delibera il progetto definitivo dopo aver sentito il parere del consiglio comunale.'. Sono due gli emendamenti che perseguono lo stesso scopo, quindi sentiamo che cosa ne dice la Giunta. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Benedikter.

BENEDIKTER: Ich stelle fest, daß das ein Abänderungsantrag ist, der dem Gemeinderat mehr Verantwortung für die Gemeindeverwaltung zurückgeben will, wobei eben das Staatsgesetz 142 von 1990 bezüglich des Gemeinderates sehr, sehr einschränkend vorgegangen ist und dabei die europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die auch von Italien ratifiziert worden ist, nicht eingehalten hat. In

unserem Gesetz wird die Charta als solche ausdrücklich erwähnt und daher hätten wir uns mehr an die Grundsätze dieser Charta halten können, denn aufgrund des Art. 10 der Verfassung unterliegt die Verfassung den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Die Auslegung, die das Staatsgesetz Nr. 142 und dann das Regionalgesetz hinsichtlich der allzu großen Einschränkung der Befugnisse des Gemeinderates getroffen hat, entspricht in diesem Fall nicht der Auslegung der Gemeindeautonomie, wie sie im Art. 128 der Verfassung vorgesehen ist und wie sie der Charta entsprechen würde, denn Art. 3 der Charta sagt: Kommunale Selbstverwaltung bedeutet das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften, im Rahmen der Gesetze einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zum Wohle ihrer Einwohner zu regeln und zu gestalten. Da ist noch nicht die Rede welches Organ mehr Befugnisse haben soll. Aber dann kommt im zweiten Absatz der Grundsatz: Dieses Recht auf kommunale Selbstverwaltung wird von Räten oder Versammlungen - wie es z.B. in der Schweiz der Fall ist - ausgeübt, deren Mitglieder aus freien, geheimen, gleichen, unmittelbaren und allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die über Exekutivorgane verfügen können, die ihnen gegenüber verantwortlich sind. Also die Exekutivorgane sind dem Gemeinderat verantwortlich, aber alle Grundsatzbeschlüsse müssen vom Gemeinderat gefaßt werden oder von der Gemeindeversammlung.

Also das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, d.h. einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten mit eigener Verantwortung zum Wohle der Einwohner zu regeln und zu gestalten, wird von Räten ausgeübt, deren Mitglieder aus freien, geheimen, gleichen, unmittelbaren und allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die über Exekutivorgane verfügen können, die ihnen gegenüber verantwortlich sind. Es ist sogar auf europäischer Ebene vorgesehen, daß es auch kein Exekutivorgan geben kann. Aber jedenfalls alle wesentlichen Beschlüsse und die wesentliche Verantwortung liegt bei der Gemeindeversammlung oder beim Gemeinderat. Dieser Grundsatz ist auch von Italien bei der Ratifizierung der europäischen Charta anerkannt worden. Die Region hat übrigens diesbezüglich ein eigenes Werk an alle Regionalräte verteilt, wo die Charta in deutscher und italienischer und in englischer Sprache enthalten ist, sodaß dieser Vorschlag so oder so vom Abg. Pinter der europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung entspricht und daher die heutige Regelung im Regional- und Staatsgesetz verfassungswidrig wäre.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire?

La parola al cons. Gasperotti. Ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Grazie, signor Presidente. L'emendamento non vuole rovinare, o meglio modificare, la filosofia che è contenuta negli atti di questa Giunta regionale e di quella precedente, cioè quella di fare diventare le assemblee comunali luoghi occasionali di discussione politica, e dico occasionali, perché rimane solo lo spazio del bilancio e poi l'azione viene svolta dalla Giunta e mantenuta in essere dalla medesima, senza coinvolgere in maniera attiva tutte le forze politiche presenti nei consigli

comunali, non dimentichiamo che i consigli comunali sono luoghi politici, dove non si fa solo amministrazione, ma si prevede, si progetta, si programma e si agisce per risolvere i problemi della gente che si amministra e si dà così soluzione ai problemi in maniera adeguata.

L'emendamento vuole affermare che all'interno dell'amministrazione comunale ci sia uno spazio adeguato per discutere progettazioni di una certa consistenza oppure, come diceva il collega Pinter, secondo una certa percentuale di bilancio, al fine di non tralasciare nessuna occasione di dibattito attorno a queste scelte economiche, ma sono politiche, questo sempre se vogliamo fare diventare e fare mantenere l'assemblea comunale un luogo di democrazia, se invece vogliamo equipararlo ad un luogo amministrativo, come se si trattasse del consiglio di amministrazione della bocciofila - ripeto della bocciofila - che si convoca una volta all'anno in occasione della formazione del bilancio di previsione. Reclamiamo questo spazio, perché si corre il rischio di vedere queste assemblee snaturate del loro ruolo, previsto dalla Costituzione, e non dimentichiamo questo ruolo e non lamentiamoci come legislatori regionali - perché siamo legislatori regionali - che ci sono cause penali pendenti nei confronti degli amministratori comunali, perché quando uno non trova lo spazio democratico e di confronto, attiva canali che sono quelli del rigore della legge, sicché gli amministratori saranno sempre più giudicati dalla giustizia penale e sempre meno dalle assemblee politiche, se scegliamo la prima strada, lasciamo le cose come stanno, se invece desideriamo attivare la seconda, che sarebbe la più adeguata dal punto di vista politico, dovremmo inserire questo emendamento, che dà spazio politico di discussione anche ai consigli comunali e non solo alle giunte per gli interventi economici che sono di un certo rilievo.

Lo svuotamento dei consigli comunali sarà una colpa, ritengo, di questa Assemblea regionale, che non ha voluto capire che il problema, se lasciato così, incancrenisce e risponde solo esclusivamente a quelle forze che vogliono fare diventare i luoghi di democrazia luoghi di intervento della magistratura, Rifondazione Comunista non è mai stata dalla parte dei poteri forti, meno che meno sui poteri che sono delegati, e mi riferisco alle giunte comunali.

Invito i colleghi a votare questo emendamento per dare un segnale di controcorrente, che è proprio quello che serve oggi all'amministratore comunale anche per accettare responsabilità di amministrazione. La sempre minor disponibilità ad accettare incarichi di responsabilità nelle amministrazioni locali deriva proprio da questo fatto e il cittadino si rivale ed aspetta dietro l'angolo l'amministratore, che nel momento in cui sbaglia verrà richiamato non più nei luoghi politici, ma nei luoghi dei tribunali e della giustizia penale.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. La Giunta?

Siamo in votazione.

E' stata richiesta la votazione per appello nominale.

Stiamo votando l'art. 2-septies, primo firmatario il cons. Pinter.

Possiamo iniziare con l'appello.

DENICOLO': Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*astenuto*), Tretter (*no*), Valduga (*astenuto*), Vecli (*non presente*), Viola (*no*), Willeit (*sì*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*sì*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*no*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*no*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*no*), Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*no*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*astenuto*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*) Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*astenuto*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatte-Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*nein*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveggi (*no*), Mayr C. (*no*), Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*no*), Morandini (*astenuto*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*no*), Pahl (*nein*), Palermo (*astenuto*), Pallaoro (*no*), Panizza (*no*), Passerini (*no*), Peterlini (*nein*).

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf das Ergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	58
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	34
weiße Stimmzettel:	9

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Abänderungsantrag der Abg. Pinter, Gasperotti und anderen, Prot. Nr. 9097: "E`inserito il seguente Art. 2 septies"..... Ritirato.

Jetzt kommen wir zu Art. 3:

Art. 3

(Änderung zum Artikel 39 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 39 durch den nachstehenden ersetzt:

"Art. 39 (Allgemeine Bestimmungen)

1. Die Gemeinden können, um ihre Funktionen auf optimale und koordinierte Weise auszuführen oder Maßnahmen von gemeinsamen Interesse

durchzuführen, die in den Artikeln 40, 41, 41-bis, 41-ter, 42 und 43 vorgesehenen Formen des Zusammenschlusses oder der Zusammenarbeit anwenden.

2. Im Landesgesetz wird festgesetzt, welche Funktionen einschließlich derer laut Artikel 2 Absatz 2 sowie der delegierten Funktionen auf der Grundlage des Zusammenschlusses von den Gemeinden ausgeübt werden, die eine niedrigere als die im obengenannten Gesetz angegebene Bevölkerungszahl aufweisen, sowie für jede einzelne Funktion, welche Verwaltungsform oder welche -formen mit gemeinsamer Führung anzuwenden sind.

3. Im Landesgesetz wird überdies festgesetzt, welche Funktionen, von den Gemeinden ausgeübt werden, die eine niedrigere als die im obengenannten Gesetz angegebene Bevölkerungszahl aufweisen, indem sie die Organisationseinheiten einer anderen Gemeinde oder die für die gemeinsame Führung eingerichteten Strukturen in Anspruch nehmen.

4. Im Landesgesetz wird ferner festgesetzt, nach welchen Modalitäten und innerhalb welcher Fristen die Gebietsbereiche festzulegen sind, innerhalb deren die Formen zur Zusammenarbeit zwischen Gemeinden laut Absätze 2 und 3 auszuüben sind, und zwar nach den nachstehenden Kriterien:

- a) Miteinbeziehung der Gemeinden, die an der Festlegung der Gebietsbereiche interessiert sind;
- b) Homogenität oder positive Integration der geographischen und sozialwirtschaftlichen Eigenschaften und Vorhandensein der Voraussetzungen, welche die Identifizierung und die Gemeinsamkeit in bezug auf die ethnisch-sprachlichen Eigenschaften und auf die historisch-kulturellen Traditionen der Bevölkerung ermöglichen. Auf jeden Fall muß für die ladinischen Gemeinden der Provinz Trient laut Artikel 5 des Legislativdekretes vom 16. Dezember 1993, Nr. 592 die Einheitlichkeit des Gebietsbereiches gesichert sein;
- c) Vorhandensein des für eine optimale Ausübung der Funktionen und eine geeignete Einrichtung der Dienste in bezug auf die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit erforderlichen Umfangs der Gebietsbereiche;
- d) Einheitlichkeit der Gebietsbereiche, die für die gemeinsame Pflichtführung der Funktionen und der Dienstleistungen festgelegt werden. Im Landesgesetz kann vorgesehen werden, daß aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Leistungsfähigkeit besondere öffentliche Dienste auf der Grundlage des Zusammenschlusses für verschiedene und größere Gebietsbereiche und durch die Verwaltungsformen laut Artikel 41 eingerichtet werden.

5. Im Landesgesetz werden die Modalitäten für die Einrichtung der Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden laut Absatz 2 und 3 innerhalb der Gebiete laut Absatz 4 sowie die Modalitäten für die Versetzung des Personal, die Übergabe der Güter und den Übergang der weiteren Rechtsverhältnisse festgesetzt. Das obengenannte Gesetz kann die Ersatzbefugnisse regeln."

Der italienischen Text, bitte.

DENICOLO'

Art. 3

(Modifica all'articolo 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n.1)

1. L'articolo 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è sostituito dal seguente:

«Art. 39 (Disposizioni generali)

I comuni, al fine di svolgere le proprie funzioni in modo ottimale e coordinato o di effettuare interventi di reciproco interesse, possono adottare le forme associative o di collaborazione previste dagli articoli 40, 41, 41-bis, 41-ter, 42 e 43.

2. La legge provinciale stabilisce quali funzioni, ivi comprese quelle di cui all'articolo 2, comma 2, nonché quelle delegate sono esercitate in forma associata dai comuni con popolazione inferiore a quella indicata dalla medesima legge, nonché, per ciascuna funzione, la forma o le forme di gestione associata da utilizzare.

3. La legge provinciale individuata altresì quali funzioni, ivi comprese quelle delegate, sono esercitate dai comuni con popolazione inferiore a quella indicata dalla medesima legge, avvalendosi delle strutture organizzative di un altro comune, ovvero delle strutture per la gestione associata.

4. La legge provinciale disciplina inoltre le modalità e i tempi per l'individuazione degli ambiti territoriali entro i quali operano le forme di collaborazione tra comuni di cui ai commi 2 e 3 facendo riferimento ai seguenti criteri:

- a) coinvolgimento dei comuni interessati per la individuazione degli ambiti territoriali;
- b) omogeneità o positiva integrazione delle caratteristiche geografiche e socio-economiche e sufficiente grado di identificazione e comunanza nelle caratteristiche etnico linguistiche e nelle tradizioni storico-culturali della popolazione. In ogni caso deve essere assicurata unicità di ambito territoriale ai comuni ladini della provincia di Trento, individuati dall'articolo 5 del decreto legislativo 16 dicembre 1993, n. 592;
- c) dimensione degli ambiti territoriali idonea ad assicurare l'esercizio delle funzioni e l'organizzazione dei servizi a livelli adeguati di economicità ed efficacia;
- d) unicità degli ambiti territoriali individuati per la gestione associata in forma obbligatoria di funzioni e di servizi. La legge provinciale può disporre che, per ragioni di economicità ed efficienza, particolari servizi pubblici siano organizzati in forma associata con riferimento ad ambiti territoriali diversi e più ampi, e con le forme di gestione individuate tra quelle di cui all'articolo 41.

5. La legge provinciale stabilisce le modalità per la costituzione delle forme di collaborazione tra comuni di cui ai commi 2 e 3 all'interno degli ambiti di cui al comma 4, nonché le modalità per il trasferimento del personale, dei beni e degli altri rapporti giuridici. La medesima legge può disciplinare i poteri sostitutivi..».

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung. Jetzt lese ich die Abänderungen der Reihe nach.

Änderungsantrag zum Artikel 3 eingebracht von den Abgeordneten Gasperotti, Kury und Zendron.

modifichia all' articolo 39 della legge Reg. 04.01.1993, n° 1

Art. 39

Le parole " La legge provinciale" ai punti 2 - 3 - 4 vengono sostituite con le parole " La legge regionale e provinciale".

Jetzt verteilen wir das Paket und somit hat es dann jeder fortlaufend. Wir sind jetzt auf Seite 8-bis. Abgeordneter Gasperotti, wenn Sie es bitte inzwischen erläutern würden, dann verstehen es alle.

Abgeordneter Gasperotti, bitte.

GASPEROTTI: Grazie, signor Presidente. L'emendamento vuole inserire la possibilità che anche la legge regionale preveda una regolamentazione rispetto alla gestione prevista dall'art. 3 nelle disposizioni generali, quindi, vale l'osservanza e le possibilità riferite alla legge regionale e provinciale, non come oggi è nel testo della Giunta 'definito da legge provinciale'.

PRÄSIDENT: Wer möchte das Wort? Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich habe es in der Generaldebatte selbstverständlich schon hervorgehoben, wieso die Region, die, was die Gemeindeordnung betrifft, eine gewisse Tradition hat, weil sie für die Gemeindeordnung seit 1948 zuständig ist - seit 1993 ist es sogar eine ausschließliche Zuständigkeit geworden -, jetzt hinsichtlich der sogenannten „uffici“, auf die sich dann Abgeordneter Casagrande hinausgeredet hat, beantragt, daß mit Provinzgesetz festgelegt wird, welche Funktionen der Provinz auf die Gemeinden übertragen werden und welche Funktionen im Verbund von Gemeinden ausgeübt werden sollen, also Funktionen der Provinzen, die von den Gemeinden ausgeübt werden sollen.

Zuständig für Gemeindeordnung ist die Region, das ist nun mal so und das war immer so und ist dabei geblieben, auch nach der Paketreform, daß für die Gemeindeordnung eben die Region zuständig ist. Jetzt geht die Region her und überträgt mit Gesetz diese Befugnis auf die Provinzen. Dann schaffen wir eben die Region ab und dann müssen ja die Provinzen diese Befugnisse von der Region erben. Aber die Region kann heute nicht mit Gesetz auf die Provinzen eine Befugnis übertragen, die sie allein hat. Da komme ich einfach nicht mit. Der heutige Regionalausschuß spielt ideal die Totengräberrolle der Region und insofern müßte ich ja einverstanden sein; macht weiter mit der Totengräberei, siehe das Wahlgesetz von Frau Assessor Chiodi, wo eben der Proporz bei der Wahl begraben wird. Wenn damit die Region abgeschafft werden könnte, dann wäre ich dafür, aber das ist nicht der Fall, im Gegenteil, die Region will damit den Anspruch bei der kommenden Verfassungsreform

erwerben, daß die zusätzlichen Befugnisse, die allen Regionen zuteil werden sollen, nur die Region bekommt und nicht die autonomen Provinzen. Sie will dann mit ihren Gesetzen von Fall zu Fall Befugnisse an die Provinzen abtreten. Ich stelle jedenfalls fest, daß die Absätze 2, 3 und 4, Buchstabe d), und 5 verfassungswidrig sind, weil die Region mit ihrer ausschließlichen Zuständigkeit für die Ordnung der örtlichen Körperschaften nicht mit Gesetz die Befugnisse an die Provinzen abtreten kann, sodaß die Provinzen mit ihrem Gesetz bestimmen, welche Funktionen von den Gemeinden ausgeübt werden können.

Ich stellen das jetzt fest und selbstverständlich werde ich für meinen Teil alles tun, um auch Rom darauf aufmerksam zu machen, daß die Region „spinnt“, nach gutem Südtiroler Deutsch gesagt.

PRÄSIDENT: Möchte der Ausschuß Stellung nehmen? Nein, zuerst der Abgeordnete Morandini. Er hat das Wort.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Su questo aspetto sono già intervenuto in precedenza con riferimento a qualche altro articolo, volevo soltanto riproporre una questione che mi pare di fondo e chiedere all'assessore qual è il suo pensiero in merito, perché mi pare un problema che attraversa l'intero disegno di legge e pone, a nostro avviso, anche problemi di legittimità. Mi spiego: se non ricordo male, sia la legge 1102 istitutiva delle comunità montane, sia la successiva legge 97 del 1994, sono state considerate e sono tuttora considerate norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali. E' noto a tutti che la legge 1102, che individua una serie di competenze delle comunità montane, in modo particolare le competenze relative alla pianificazione economica e territoriale, si è vista ulteriormente ampliate queste competenze dalla successiva legge n. 97 del 1994, la quale ha attribuito alle comunità montane medesime ulteriori possibilità operative. Allora mi chiedo e chiedo questo all'assessore e alla Giunta regionale: il disegno di legge che la Giunta propone di fatto di spogliare le comunità montane di tutte queste competenze per trasferirle ai comuni? Qualcuno dice 'ma è poi vero che è possibile per i comuni associarsi liberamente o vincolativamente', questo poi lo vedremo, però, di fatto, questo disegno di legge viene a violare competenze che leggi dello Stato, la 1102 e la successiva 97 del 1994, appuntano espressamente in capo alle comunità montane, poiché queste leggi sono riconosciute come leggi di grande riforme economico-sociali, mi chiedo come la Giunta regionale possa sostenere un disegno di legge che di fatto espropria, in contrasto con queste leggi nazionali, le comunità montane di queste competenze per darle ai comuni. Questo è un dato di fondo, faccio presente che questo, a mio avviso, è un dato che rischia di rendere profondamente illegittima la legge che la Giunta regionale sta proponendo al Consiglio.

Un secondo dato che vorrei sottolineare, assessore Chiodi, colgo l'occasione, visto che faccio una riflessione di fondo sul disegno di legge, è che ci sarebbero oggi le premesse, visto che Bolzano, che da tempo non aveva abbracciato la questione delle comunità montane e questo assetto istituzionale l'ha di fatto abbracciata, mi chiedo perché invece si voglia ostinatamente per quanto attiene la Provincia di

Trento - sicuramente lei fa una legge regionale, però la collego con la proposta dell'assessore competente in Provincia di Trento - non cercare il più possibile di garantire un quadro unitario dentro l'assetto regionale, perché l'autonomia della montagna e delle vallate mi pare che non richieda una differenziazione così forte, anzi non richieda per nulla una differenziazione all'interno delle due Province.

Dico, e concludo, che ci vuole un ente - ripeto, ci sono disposizioni legislative nazionali che lo evidenziano - che esprime questa realtà di valle non solamente per i servizi, ma per la programmazione socio-economica e quanto è ad essa connesso. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, keine weiteren Wortmeldungen von den Abgeordneten. Möchte Frau Assessor Chiodi Stellung nehmen? Prego, signora.

CHIODI: Per quanto riguarda l'emendamento, credo che questa proposta sia una precisazione inutile, perché la legge regionale può sempre imporre ai comuni la gestione associata delle materie delegate; con la norma di attuazione è stato aperto il discorso del trasferimento, però la competenza ordinamentale rimane alla Regione.

Al collega Morandini: lei era già intervenuto con il suo interessante argomento ancora in discussione generale, io dico che abbiamo fatto una scelta diversa per quanto riguarda le comunità montane, trasferiamo ai comuni le funzioni e non riteniamo opportuno - è una scelta politica - che ci sia un ente intermedio, qual è quello delle comunità montane, con dei ruoli e delle funzioni intermedie che non riconosciamo.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann stimmen wir ab über den Antrag des Abgeordneten Gasperotti. Geheimabstimmung? Wer schließt sich an. Es wird geheim abgestimmt.

Bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Wir stimmen ab.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abstimmende: 59

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 34
weiße Stimmzettel: 4

Der Regionalrat lehnt den Änderungsantrag ab.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Zanoni, Valduga und Giordani.

Änderungsantrag zum Artikel 3

Al comma 1 della legge regionale 04.01.1993, n° 1, dopo le parole " previste dagli articoli 40, 41, 41-bis, 41-ter, 42 e 43" sono inserite le parole "41-quater".

Zum Artikel 1 war eine ähnliche Bestimmung ausgesetzt.

Abgeordneter Zanoni, würden sie bitte den Unterschied zwischen dem ersten Abänderungsantrag und diesem klären. È stato sospeso? Ci sono gli stessi riferimenti di legge.

Abgeordneter Zanoni, bitte.

ZANONI: Guardi che i commi sono diversi. Brevissimamente. L'emendamento n. 6 vuole introdurre nell'elencazione delle forme associative fra comuni previste per la gestione di servizi e per il trasferimento di funzioni anche la comunità montana, introducendo dopo le parole '40, 41, 41-bis e 41-ter', che sono le forme di associazione previste dal presente disegno di legge, anche il 41-quater, che fa riferimento, - poi lo troveremo, è una nuova introduzione - cioè del concetto della comunità montana. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Zanoni für die Erklärung. Trotzdem würde ich vorschlagen, daß wir zunächst diesen hier machen und danach gehen wir zurück auf die Seite 1 dieses Pakets.

Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Presidente, ho ascoltato la risposta che l'assessore Chiodi mi ha dato alla domanda che ho posto poc' anzi e poi è stata subito introdotta la votazione e quindi non mi è stato possibile replicare, forse non mi sono espresso sufficientemente in modo chiaro, la ribadisco qui, perché è una questione di fondo e tocca il cuore di questo articolo e in generale il perno dell'intero disegno di legge.

Ho chiesto come mai, di fronte a leggi dello Stato, la 1102 e poi la successiva 97 del 1994, leggi considerate norme fondamentali delle riforme economico-sociali, che prevedono in capo alle comunità montane delle precise competenze, come mai, ribadisco, questa proposta di legge espropria le comunità montane di queste competenze per trasferirle ai comuni. Faccio presente, assessore Chiodi, che l'art. 4 del nostro Statuto, che lei conoscerà certamente, recita testualmente: 'In armonia con la

Costituzione e i principi dell'ordinamento giuridico dello Stato e con il rispetto degli obblighi internazionali e degli interessi nazionali - tra i quali è compreso quello della tutela delle minoranze linguistiche locali - nonché delle norme fondamentali delle riforme economico-sociali della Repubblica, la Regione ha la potestà di emanare norme legislative nelle seguenti materie: ... 3) ordinamento degli enti locali e delle relative circoscrizioni.', se può essere necessario, questa previsione ha anche un fondamento costituzionale nel 129 al secondo comma.

Lei mi ha risposto dicendo: 'abbiamo fatto una scelta politica diversa nel senso di non considerare le comunità montane, ma di considerare soltanto i comuni', le dico che rispetto le scelte politiche, ma le scelte politiche debbono farsi carico di un quadro normativo nazionale che, alla luce della 1102 e della successiva 97 del 1994, la quale non solamente ha confermato le competenze che in capo alle comunità montane riconosceva la 1102, ma addirittura le ha ampliate, prevedendo ulteriori possibilità operative accanto a quelle di pianificazione economica e territoriale, mi chiedo come si può, con un diverso disegno politico - per carità, rispettabile - infrangere e contrastare fortemente una normativa nazionale che rientra, è noto a tutti, fra le norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali e quindi, come tale, vincola la competenza primaria che, alla luce dell'art. 4, ha la Regione su questa materia e a cui, appunto, l'art. 4 fa riferimento e quindi, trattandosi di norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali, deve vincolare anche l'iniziativa legislativa che la Giunta propone alla nostra attenzione.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Morandini. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Zanoni.

ZANONI: Volevo capire dal Presidente le modalità di votazione, perché mi pare che adesso si vorrebbe riprendere l'emendamento n.1...

(interruzione)

PRÄSIDENT: No, dopo.

ZANONI: ...Perché ritengo che dovremmo arrivare al n. 5, perché esso fissa il concetto forse meglio, perché altrimenti facciamo confusione. Grazie.

PRÄSIDENT: Dann kommen wir nicht zurück auf den Abänderungsantrag 1 sondern erst nach dem Artikel 5.

Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Die Regionalassessorin hat es nicht der Mühe wert befunden, mir eine Antwort zu geben und ich verzichte auch auf die Antwort von Frau Assessor Wanda Chiodi.

Trotzdem bringe ich meine Einwände hier vor, nämlich die Verfassungswidrigkeit, wie sie jetzt vom Abgeordneter Morandini auch wieder gut geschildert worden ist, auch was die Berggemeinschaften betrifft. Die Region - bin ich der Ansicht - hat durch die Verfassungsänderung 1993 die ausschließliche Zuständigkeit für alle örtlichen Körperschaften, also auch für die Berggemeinschaften, womit die Durchführungsbestimmungen, die seinerzeitigen Durchführungsbestimmungen, welche die Provinzen diesbezüglich als zuständig angegeben haben, sicher überholt sind. Die Region ist zuständig auch für die Berggemeinschaften und kann die Berggemeinschaften aufgrund der Gesetze, die der Abgeordnete Morandini angeführt hat, nicht ignorieren. Sie kann auch nicht eine unterschiedliche Regelung treffen bezüglich der Berggemeinschaften für die Provinz Bozen und für die Provinz Trient. Hier in diesem Gesetz ist vorgesehen, daß sie in der Provinz Trient abgeschafft werden und in der Provinz Bozen kann die Provinz weiter über die Berggemeinschaften verfügen. Wenn das noch eine Logik haben soll, eine sogenannte Rechtslogik, dann verstehe ich eben nichts mehr. Die Region ist zuständig für die Berggemeinschaften, sie kann die Berggemeinschaften nicht abschaffen, sie kann sie nicht ignorieren, und selbstverständlich eignen sich die Berggemeinschaften am besten sogar für eine gemeinschaftliche Ausübung von Befugnissen, die an sich den Gemeinden gehören oder die den Gemeinden mit Regionalgesetz übertragen werden. Für eine gemeinschaftliche Ausübung - meiner Ansicht nach - eignen sich die Berggemeinschaften am besten, aber es bleibt immer dabei, daß sich dann die Gemeinden dazu bereit finden müssen, Befugnisse, die ihnen gehören, aufgrund des Gemeindeautonomiegrundsatzes auf die Berggemeinschaften zu übertragen.

Ich schließe mich hundertprozentig dem an, was der Abgeordnete Morandini gut ausgeführt hat, daß eben auch eine solche Bestimmung, mit der die Berggemeinschaften einfach ignoriert werden, als wenn sie im Trentino abgeschafft wären, verfassungswidrig ist. Später kommt ja noch die Bestimmung, daß sie in Südtirol nicht abgeschafft sind. Diese Bestimmung, was die Regelung der Berggemeinschaften betrifft, ist sicher verfassungswidrig und wir werden alles tun, um diese Verfassungswidrigkeit auch in Rom entsprechend geltend zu machen. Ich brauche aber keine Antwort.

PRÄSIDENT: Ich möchte als Präsident dazu sagen, daß ich schon der Meinung bin, daß die aufgeworfenen Fragen der Abgeordneten soweit wie möglich von der Regionalregierung beantwortet werden sollten, vor allem wenn es um verfassungsrechtliche Fragen geht. Ich habe nicht die Absicht ins Meritum dieser Artikel zu gehen, aber ich warne davor, genauso wie es der Abgeordnete Benedikter getan hat, daß dieser Artikel möglicherweise ein Rückverweisungsgrund sein könnte. Es stimmt, die Gesetzgebungszuständigkeit ist exklusiv im Verfassungsgesetz beim Regionalrat und eine Delegation von Gesetzgebungszuständigkeiten ist verfassungsmäßig nicht vorgesehen. Das möchte ich gesagt haben zum Artikel 3 insgesamt.

Weitere Wortmeldungen? Abgeordneter Gasperotti, bitte.

GASPEROTTI: Grazie, signor Presidente. Il mio tentativo del precedente emendamento era indirizzato a mantenere il ruolo importante della Regione e quindi che dà ancora più peso, a chi ci crede - certo - come valore politico, a questa Regione e non tanto alla sua demolizione. Di fatto si sta operando per svuotare i contenuti dell'Assemblea regionale dei compiti della Regione, affidando alla Provincia in questo caso, con l'art. 3, delle questioni riguardanti le organizzazioni dei comuni. Questo disegno politico - lo dicevo prima - è un disegno politico convenuto dalla Giunta, quindi la Giunta SVP, PDS, partito autonomista ed altri, ha ritenuto che questo sia il passaggio, ormai, della politica regionale. Ahimè, l'elettore ha sempre letto documenti che dicevano il contrario: 'la Regione deve stare in piedi, la Regione deve avere un ruolo importante politico di fusione degli interessi comuni fra le due Province, quella autonoma di Bolzano e quella di Trento', questo è contenuto nei documenti dei soggetti politici che fanno parte della maggioranza di Giunta, nei contenuti poi, vediamo all'art. 3, si dice 'di queste competenze ce ne scarichiamo e le diamo in mano alle Province, le quali emaneranno loro leggi per identificare meglio l'organizzazione'.

Questo è un pregiudizio riguardo alle affermazioni ed ai contenuti politici di questa maggioranza, gli elettori, i cittadini residenti di questa Regione devono sapere che la Giunta sta operando questa soluzione, devono sapere che c'è contraddizione tra affermazioni politiche dei partiti di maggioranza, come dicevo prima, e questo disegno di legge. Vincerà sicuramente una maggioranza di questo Consiglio, è una prova l'art. 3, che secondo me mette a confronto chi sostiene che la Regione abbia un suo ruolo e chi invece vuole vederla svuotata di competenze ed affidamento di tali competenze alle Province, l'art. 3, così come è organizzato nel disegno di legge, dà questa risposta, i tempi non sono sufficienti per fare smuovere anche l'opinione pubblica rispetto a questo articolo, perché si sceglie la strada della tecnica: c'è un'urgenza di trovare soluzioni tecniche, così vengono definite, nell'affidamento dei servizi dei comuni e quindi queste urgenze tecniche trovano sbocco solo attraverso questa soluzione che è contenuta nel disegno di legge.

Queste soluzioni tecniche fanno a pugni con le affermazioni politiche che dicono che la Regione deve rimanere in piedi, deve svolgere il suo ruolo, meglio forse di come l'ha svolto fino adesso, ma svolgere il proprio ruolo. Ecco perché anche l'emendamento presentato dai colleghi popolari si inserisce in questa filosofia, nella coerente affermazione politica e nel muoversi all'interno dei disegni di legge in modo adeguato e troverà il mio voto favorevole rispetto a questi emendamenti, sono diversi all'art. 3, ne troveremo anche di peggiorativi, uno dei quali è presentato dalla Giunta, non si vuole capire che, se si percorre la stessa strada di quella percorsa nella formulazione dei comprensori in Provincia di Trento si percorre una strada già consumata, già percorsa, già collaudata e che ha dato il risultato della non partecipazione del cittadino e delle istituzioni, il rifiuto dell'elettorato, del cittadino, quando si preconstituisce o si costruisce fuori dai luoghi della partecipazione le istituzioni o le organizzazioni dei comuni, si arriva al rifiuto, certo, qualcuno governerà - termine, signor Presidente - comunque queste istituzioni, magari come sono stati

governati i comprensori negli ultimi tempi, al di fuori di ogni controllo e di ogni partecipazione.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Bondi. Ne ha facoltà.

BONDI: Grazie, signor Presidente. Sarò telegrafico nei confronti del collega Morandini che mi ha chiamato in causa, in quanto a Trento ci stiamo occupando della stessa materia.

Il collega Morandini, che è conoscitore delle questioni giuridiche, pone un problema sapendo che questo non esiste, se non dal punto di vista formale, perché quello che dobbiamo salvaguardare è il principio previsto dalla Costituzione, cioè la possibilità per le comunità montane di promuovere il proprio sviluppo socio-economico, e questo è un principio garantito, che va salvaguardato e che, credo, la Giunta regionale, e sicuramente anche la Giunta provinciale, vuole salvaguardare. Altra cosa è il problema attraverso quale strumento salvaguardare questa possibilità e dare alle popolazioni che vivono la montagna la possibilità di promuovere il proprio sviluppo socio-economico, su questo ci si deve interrogare e su questo le risposte possono essere diverse, confondere le due cose significa proporre un problema, quello dello strumento, per cercare di fermare o di dare un'interpretazione al principio che invece ha tutt'altro tipo di ragionamento che sta alla base.

Allora, se vogliamo discutere del principio, credo siamo d'accordo, se vogliamo discutere dello strumento, credo ci siano delle differenze. Ci sono delle differenze, perché chi, come il cons. Morandini, propone lo strumento della comunità montana quale ente intermedio che possa sviluppare il territorio e la popolazione di chi vive questo territorio e vi è poi la risposta di chi, come nel disegno di legge Chiodi e nella formulazione del disegno di legge sulla promozione delle autonomie locali in Provincia di Trento, ritiene che questo principio sia necessario reinterpretarlo, dando ai comuni, e quindi a questo tipo di comunità, la possibilità di promuovere la propria popolazione ed il proprio territorio, attraverso una associazione di comuni che ha lo stesso tipo di obiettivo delle comunità montane, il cons. Morandini lo sa meglio di me, le comunità montane altro non sono che lo sviluppo di quello che all'inizio era un consorzio di comuni.

Allora, per non creare confusione all'interno di questo dibattito, diciamo giusto al problema della salvaguardia del principio della promozione dello sviluppo socio-economico delle popolazioni montane e su questo siamo tutti d'accordo, se vogliamo fare delle differenze sullo strumento, facciamolo, sapendo però che le comunità montane altro non sono che la seconda fase dello sviluppo di un consorzio tra comuni, in un'ottica diverso rispetto a quando sono state promosse, e cioè quella di rivedere nel comune l'ente fondamentale, al punto che nella proposta di nuova costituzione si parte dai comuni, nel ridisegnare la possibilità per le popolazioni di

mettere in moto i meccanismi della propria salvaguardia e della propria promozione, proprio in quest'ottica ritengo che la possibilità di ridare ai comuni, che in una forma associata possano svolgere questo tipo di attività, sia non solo costituzionalmente corretto, ma anche in linea con le prospettive che la Commissione bicamerale ci sta dando e sulla quale puntiamo anche noi le nostre speranze proprio per ridare ai comuni quella dignità che gli enti intermedi, spesso per altre ragioni, non sono riusciti a salvaguardare. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire per la seconda volta il collega Morandini.

MORANDINI: Grazie, signor Presidente. Aspettavo una risposta anche dall'assessore Chiodi, ma almeno mi ha cortesemente risposto il cons. Bondi, che è anche assessore nella materia di competenza.

La ringrazio, cons. Bondi, peraltro non è vero che sapevo o so di porre un problema che di fatto non esiste o esiste solo formalmente, mi spiego: ci sono delle competenze che norme dello Stato appuntano in capo alle comunità montane, lo si voglia o meno; questo non è solamente un dato formale nel momento in cui noi Consiglio regionale e successivamente provinciale ci apprestiamo a disciplinare in questo ambito istituzionale, un conto è riconoscere quindi che ci sono competenze in capo alle comunità montane che sono riconosciute, lo sa meglio di me, da norme fondamentali delle riforme economico-sociali, quali sono appunto le leggi n. 1102 e 97, e quindi queste competenze, comunque lo si voglia, debbono andare riconosciute alle comunità montane.

Faccio una parentesi: non intendo assolutamente risuscitare i comprensori, rappresentano un bilancio per molti aspetti negativo e quindi sicuramente questi enti intermedi vanno riformulati, tanto per sgombrare il campo a degli equivoci, allora un conto è che noi nel legiferare a livello istituzionale, ordinamentale per quanto riguarda la Regione, più nel sostanziale per quanto riguarderà la Provincia autonoma, meglio le Province autonome, e torno immediatamente su questo secondo punto, comunque riconosciamo che a questo ente intermedio, che chiamiamo 'comunità montana' queste competenze non vadano espropriate e un conto è dire che intanto le diamo ai comuni, poi queste competenze, se i comuni lo ritengono, le eserciteranno consorziandosi o meno, ma lei capisce, perché è un giurista finissimo, che è diverso anche lo strumento, comprendo la scelta politica, la rispetto, non la condivido, però qui non è questione di scelta politica, è questione che se norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali riconoscono alle comunità montane certe competenze non possiamo espropriare le comunità montane di queste competenze dicendo che abbiamo un disegno politico diverso.

Vengo al significato politico di questo ragionamento: non sono d'accordo che proprio nel mentre Bolzano, dopo anni in cui invece la Provincia di Bolzano aveva tenuto un atteggiamento direi tiepido su questo versante, ha recentemente abbracciato a livello istituzionale le comunità montane, ritengo assolutamente antistorico che sia proprio la Provincia di Trento che invece ostinatamente voglia espropriare questo tipo di

funzioni e di soggetti, voglio ritornare a significare che la realtà di valle, oggi in modo particolare, non solamente per la programmazione socio-economica, ma per una serie di interventi, penso ad interventi fatti nel campo degli impianti sportivi piuttosto che non delle scuole eccetera, rappresenta un punto ineludibile, allora, con il conforto di queste leggi dello Stato che rappresentano norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali, tenuto presente anche un quadro politico che personalmente e anche alla nostra forza politica sta molto a cuore, cioè di far sì il più possibile che laddove mettiamo mano alle riforme ci sia il meno possibile uno scollamento fra l'assetto della Provincia di Trento, in questo caso istituzionale, e della Provincia di Bolzano, che fra l'altro le norme dello Stato che ho citato più volte ci aiuterebbero a conservare, faccio presente che è inutile poi dire, mi riferisco in particolare alla Giunta regionale, che crediamo nell'ente Regione quando avendo la possibilità in questo specifico settore, ma anche in altri, di salvaguardare l'unitarietà - termine, Presidente - non lo si faccia, quindi ribadisco questa convinzione profonda che siamo veramente contro la legittimità, anche costituzionale, e mi riconosco molto nell'intervento che ha fatto il cons. Benedikter, il quale ha memoria storica sicuramente più di me, e quindi ribadisco la contrarietà a questo assetto che la Giunta regionale ci vuole proporre.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter per la seconda volta. Prego, consigliere.

BENEDIKTER: Ich möchte mich nur hier einschalten, um darauf hinzuweisen, daß das letzte Berggesetz, das Gesetz vom 31. Jänner 1994, Nr. 97, im 1. Artikel, 3. Absatz ausdrücklich sagt: "quando non diversamente specificato, le disposizioni della presente legge si applicano ai territori montani e ai territori delle comunità montane, ridelimitate ai sensi dell'articolo 28 legge 8 giugno 1990, n. 142."

Also das sogenannte Gemeindeautonomiereformgesetz 142 von 1990 ist da maßgebend und das enthält - das sagt der Verfassungsgerichtshof - eben Grundsätze, die Verfassungsgrundsätze sind, die in Durchführung des Artikels 128 der Verfassung eben Verfassungswert haben. Ich erwähne jetzt das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, das die Trientner ja besser kennen als wir, vom 25. März 1997, wo eben der Verfassungsgerichtshof sagt, daß: "come la legge 8 giugno 1990, n° 142 corrisponde alla esigenza di garanzia delle autonomie locali nelle Regioni a statuto ordinario, così la legge regionale del Trentino-Alto Adige n° 1 del 1993, riproducendo pressoché testualmente la formulazione della legge statale, rende concreto il principio autonomistico nell' ambito della Regione e delle Province autonome." Jedenfalls sagt er, daß das Staatsgesetz, das von der Region übernommen worden ist, Verfassungsgrundsätze enthält. Zu diesen Verfassungsgrundsätzen gehören eben die sogenannten Berggemeinschaften als Mittel, um den Artikel 44 - glaube ich - der Verfassung durchzuführen, d.h. den Schutz und die Förderung der Berggebiete.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Chiodi, prego.

CHIODI: Volevo partire, molto velocemente, dal discorso della norma di attuazione per il collega Peterlini e gliela leggo: “Al trasferimento ai comuni di funzioni amministrative rientranti nelle materie di competenza della Regione o delle Province, si provvede rispettivamente con leggi regionali e provinciali. Tali leggi individuano gli ambiti di esercizio delle funzioni trasferite e le eventuali forme collaborative, anche a carattere obbligatorio tra i comuni”. Questa parte mi sono permessa di leggerla per il collega Peterlini, perché metteva in dubbio che questa norma fosse stata approvata.

Vengo ora al discorso delle comunità montane. Guardando il disegno di legge dei colleghi del P.P.I., il mio assessorato ha fatto svolgere una consulenza, ma siccome non c'è molto tempo, leggo la parte che riguarda le comunità montane, recita:

“Va infatti ricordato che previste le comunità montane dalla legge 1102 del 1971, il D.P.R. n. 279 del 1974 sanciva per la Regione Trentino-Alto Adige che ai fini della valorizzazione delle zone montane le province potranno costituire le comunità montane, ovvero altri enti di diritto pubblico, avendo compiti analoghi di preparazione economica e di pianificazione urbanistica, art. 7, comma 1.

Non si può dire che la disposizione affermi con chiarezza il carattere doveroso di uno speciale ente, limitando la sfera di libertà provinciale alla scelta tra le comunità montane ed altri enti di diritto pubblico.

La disposizione pare nel suo insieme avere carattere facoltativo piuttosto che obbligatorio, in altre parole vi appare che le province avessero allora la facoltà di costituire le comunità montane, ovvero al loro posto altri enti pubblici, ma non vi appare con nettezza che se fossero vincolate all'una delle due istituzioni. Si potrebbe obiettare che l'esistenza delle comunità montane è normale nella legge 142 del 1990, gli articoli 28 e 29, che le considera quali veri e propri enti locali.

Ricordo però che la stessa legge 142 del 1990, prevede come le proprie disposizioni non si applichino alle regioni a statuto speciale, alle province autonome di Trento e di Bolzano, se incompatibili con le attribuzioni previste dagli statuti e dalle relative norme di attuazione ed anche il potere di costituire comunità montane o altri enti pubblici è a suo modo un'attribuzione specifica.

Si può dunque ritenere che anche la legge 142 non abbia innovato per la Regione Trentino-Alto Adige il quadro normativo quale sopra risultante, sotto il profilo dell'obbligo della costituzione delle comunità montane, meno ancora della loro fungibilità con altri enti locali. Naturalmente nessun effetto sul punto è imputabile alla legge costituzionale n. 2 del 1993, la quale disciplina soltanto la questione della competenza ordinamentale in materia di enti locali.

Anche la legge del 31 gennaio 1994, n. 97, recante ‘Nuove disposizioni per le zone montane’, pur affermando solennemente che la salvaguardia e la valorizzazione delle zone montane... rivestono carattere di preminente interesse nazionale, chiede ad esse concorrano lo Stato, le regioni, le province autonome, gli enti locali, art. 1, comma 1, ribadisce che poi le autonomie speciali provvedono alle finalità della presente legge, secondo le disposizioni dei rispettivi statuti e delle relative norme di attuazione.

Risulta perciò che salva l'attribuzione statutaria alla Regione di una generale competenza in materia di enti locali, non appare che sia stato tuttavia mai alterata, per

quanto riguarda lo strumento istituzionale, costituito dalle comunità montane, quella situazione di facoltatività, istituita nella norma di attuazione del 1974.”

Ecco da dove siamo partiti, collega Morandini.

PRESIDENTE: Sull’ordine dei lavori ha chiesto la parola il collega Morandini, ne ha la facoltà.

MORANDINI: Ringrazio l’assessore Chiodi che ha dato lettura di una parte di un parere, richiesto ad un consulente. Vorrei chiedere, a conclusione di questa tornata della mattina, se è possibile avere copia di questo parere, perché almeno lo si legge nella sua integrità, per poter intervenire più approfonditamente nel corso della seduta pomeridiana. Grazie.

PRESIDENTE: Credo che una richiesta del genere possa essere accolta.

Sono le ore 12.57, sospendiamo i lavori per l’intervallo di mezzogiorno. La seduta riprenderà alle ore 15.00.

(ore 12.57)

(ore 15.08)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich möchte eine Mitteilung machen. Heute um 17.00 Uhr wird die Sitzung abgeschlossen, weil einerseits die Handelskammer und andererseits der Präsident der zweiten Gesetzgebungskommission Ianieri gebeten haben, daß eine Anhörung der Vertreter der Handelskammer, des Präsidenten Gramm und des Generalsekretärs, in der zweiten Gesetzgebungskommission ermöglicht werden soll.

Ich sehe keine Widersprüche und somit bleibt es dabei. Die Mitglieder der zweiten Gesetzgebungskommission sind im Namen des Abgeordneten Ianieri zu dieser Anhörung um 17.00 Uhr einberufen, während für die anderen Abgeordneten die Sitzung eine Stunde früher zu Ende ist.

Wir kommen damit zurück zum Gesetzentwurf Nr. 86. Wir kommen zur Abstimmung der Änderung, Blatt Nr. 6, zu Artikel 3 vom Abgeordneten Zanoni. Wer schließt sich dem Antrag auf Geheimabstimmung an? Fünf, damit ist der Geheimabstimmung stattgegeben.

Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

Wir stimmen ab über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Zaroni, Valduga und Giordani Nr. 6 zum Artikel 3. Ich habe kein Gutachten, sonst würde ich es verteilen. Angeblich hat Frau Abgeordnete Chiodi ein Gutachten, das sie dem Abgeordneten Morandini zur Verfügung gestellt hat. Also bitte, wenden Sie sich an die Frau Abgeordnete Chiodi.

Wir sind in der Abstimmung.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	61
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	34
weiße Stimmzettel:	4
nichtige Stimmzettel:	2

Damit genehmigt der Regionalrat den Änderungsantrag nicht.

Ich bitte um einen Moment Aufmerksamkeit. Ich möchte euch nur warnen, daß wir so nicht weiterkommen können. Mir ist es politisch gleich, weil ich ja über den Parteien stehe. Nur muß ich euch sagen, wenn wir so weiterarbeiten, dann ist mein Versprechen, daß keine Nachtsitzungen sind, in dieser oder spätestens in der Juli-Runde hinfällig. Wir müssen sicherlich den Nachtragshaushalt machen, sei es des Regionalausschusses sei es des Regionalrates, und wir müssen sicherlich die entsprechenden Rechnungsabschlüsse machen, unabhängig von den vielen Punkten, die wir uns vorgenommen haben.

Deswegen mache ich folgenden Appell: Jeder hat das Recht natürlicherweise geheime Abstimmungen zu verlangen, wenn er glaubt, daß dabei die Geheimhaltung der Stimme u.s.w. ausschlaggebend ist. Aber wenn man es nur macht, um aufzuhalten und dann entsprechend auch die sechs Stimmen dafür kriegt - ich richte deshalb auch den Appell an die anderen, die technisch sozusagen die Hand für die Geheimabstimmung aufheben -, dann wisse man, daß wir damit Nachtsitzungen programmieren. Ich habe keine Freude mit Nachtsitzungen, Kollege Benedikter, aber es hilft nichts, daß man bei jeden Abänderungsantrag eine Geheimabstimmung verlangt und dann protestiert wenn Nachtsitzungen kommen. Ich möchte keine Nachtsitzungen,

aber wenn wir so weitermachen, dann müssen wir Nachtsitzungen abhalten. Das ist keine Erpressung, das sind die Folgen. Ich muß das Programm abwickeln. Wir haben 105 Punkte auf der Tagesordnung, davon sind ca. 12 als dringend bezeichnet worden. Bitte überlegt, bevor ihr dem Antrag auf Geheimabstimmung zustimmt, weil es jedesmal eine viertel Stunde dauert. Das habe ich gesagt und danach soll jeder in seiner Verantwortung tun was er will.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag von den Abgeordneten Bondi, Alessandrini, Leveghi und anderen.

Emendamento all' articolo 3

1. Al comma 1 dell' articolo 3 nel comma 2 dell' articolo 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, le parole: "di cui all' articolo 2 comma 2" sono sostituite dalle seguenti: "di cui all' articolo 2 comma 5".

Änderungsantrag zum Artikel 3

1. Im Artikel 3 Absatz 1 werden die Worte "laut Artikel 2 Absatz 2" im Artikel 39 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 durch die Worte "laut Artikel 2 Absatz 5" ersetzt.

Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Holzmann? Abgeordneter Holzmann non c'é. Sonst? Niemand.

Dann stimmen wir ab. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich möchte nur um Erläuterung bitten.

PRÄSIDENT: Wird stattgegeben. Der Abgeordnete Bondi hat sich zu Wort gemeldet.
Abgeordneter Bondi, bitte.

BONDI: Molto brevemente. Si tratta di un emendamento tecnico, che fa seguito ad una proposta di modifica già approvata dall'aula, fra l'altro con parere favorevole dello stesso cons. Benedikter per quanto riguarda l'elenco delle materie. E' per questo che non sono intervenuto credo non solo possa essere tranquillamente approvato, ma anche con il voto favorevole dello stesso cons. Benedikter, posto che è il secondo emendamento, sulla base di uno già accettato prima.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich sonst zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab.

Wer mit dem Antrag Bondi einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben?

Wer stimmt dagegen? Niemand.

Wer enthält sich der Stimme? Siebzehn Enthaltungen.

Damit ist ohne Gegenstimmen der Antrag genehmigt.

Wir kommen zum Antrag Seite Nr. 7 von den Abgeordneten Zanoni, Valduga, Giordani.

Emendamento all' articolo 3

1. Al comma 2 dell' articolo 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, le parola "in forma associata" sono sostituite delle parole "seconda le forme di quelle articoli 41-ter, 41-quater und 42".

Änderungsantrag zum Artikel 3

1. Im Absatz 2 des Artikels 39 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, werden die Worte "auf der Grundlage des Zusammenschlusses von den Gemeinden" durch die Worten "von den Gemeinden nach den Formen gemäß Artikel 41-ter, 41-quater und 42" ersetzt.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.
Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Grazie Presidente. Questo emendamento, signor Presidente, si correla con quanto ci è stato risposto dall'assessore Chiodi in conclusione della tornata di questa mattina. Vorrei fare una premessa, peraltro, sull'ordine dei lavori, intervenendo in termini assolutamente costruttivi, avevo chiesto se era possibile avere copia del parere che l'assessore Chiodi aveva citato in parte, per rispondere ad alcune domande, che il sottoscritto ed altri colleghi avevano posto. E' stata consegnata una parte di questo parere, abbiamo chiesto chi fosse l'estensore, ci è stato detto un esimio giurista.

Prendiamo atto, anche se da quello che è scritto, pur con tutto il rispetto che debbono avere questi pareri, non mi pare ci sia una grande conoscenza della realtà trentina e quindi chiaramente non metto in discussione la capacità giuridica dell'estensore, ma della realtà trentina e debbo dire anche altoatesina, vorrei su questo fare alcune osservazioni, naturalmente con beneficio di inventario, alla luce del poco tempo che c'è stato per approfondirle.

La prima centrale è sulle prime righe dei tre fogli che ci sono stati consegnati, qui viene ricordato che le comunità montane, previste dalla 1102, hanno avuto poi come oggetto di riferimento una previsione, contenuta nel D.P.R. 279 del 1974, dove si dice testualmente: "Le Province potranno costituire le comunità montane, ovvero altri enti di diritto pubblico, aventi compiti analoghi di programmazione economica e di pianificazione urbanistica".

Prima di tutto faccio presente che, trattandosi, come ci siamo già detti più volte nella discussione su questi articoli, di norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali, sia con riferimento alla 1102 del 1971, sia con riferimento alla legge n. 97 del 1994, anche gli statuti dovevano adeguarsi, questo è detto chiaramente all'interno di quelli che sono i principi generali che devono vincolare la competenza

legislativa primaria, per quanto riguarda la Regione l'art. 4 dello statuto - l'ho letto stamattina - e quindi questo è il primo dato su cui è doveroso per noi intervenire in termini critici su questo parere.

Il secondo. Laddove si cita la norma di attuazione del '74, il D.P.R. n. 279: "compiti analoghi di preparazione economica e pianificazione urbanistica", questo lo fanno bene i componenti la Giunta, in particolare l'assessore Chiodi, che questi sono esattamente i compiti che si intendono dare alle comunità montane, non si possono dare ai comuni, pur dentro un disegno politico diverso, perché non si possono espropriare le comunità montane di compiti e di funzioni che sono loro proprie, in base alle leggi statali citate che, ripeto, rappresentano norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali, come tali vincolanti la stessa competenza legislativa primaria.

Ancora evidenzio che non si può quindi, coerentemente con quanto è stato detto, evitare che ci siano enti di diritto pubblico che non hanno le comunità montane, per quanto ci riguarda, quindi queste realtà intermedie di valle sono estremamente importanti, proprio perché la loro importanza, a parte il nostro pensiero, che può essere non condiviso, è, come dicevo poc'anzi, legislativamente prevista dalle norme dello Stato, che rappresentano norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali.

Si prosegue poi all'interno del parere: "Si potrebbe obiettare che l'esistenza delle comunità montane è normale nella legge 142 del 1990, gli articoli 28 e 29, che le considera quali veri e propri enti locali. Ricordo però che la stessa legge 142 del 1990, prevede che le proprie disposizioni non si applicano alle regioni a statuto speciale, alle province autonome di Trento e di Bolzano, se incompatibili con le attribuzioni previste dagli statuti e dalle relative norme di attuazione". Faccio presente alla Giunta, in particolare all'assessore Chiodi, che queste non sono incompatibili, se è vero, come è vero, che lo stesso D.P.R. del '74, n. 279, prevede la possibilità delle comunità montane.

Quindi da questo punto di vista non sono assolutamente incompatibili.

Venendo al foglio successivo di questo parere monco che ci è stato consegnato faccio presente che, laddove si dice: "Naturalmente nessun effetto sul punto è imputabile alla legge costituzionale n. 2 del 1993, la quale disciplina soltanto la questione della competenza ordinamentale in materia di enti locali", faccio solo presente e vi chiedo: perché è stato possibile proporre questo disegno di legge regionale? Evidentemente perché la Regione ha competenza ordinamentale anche in materia di comunità montane, quindi è assolutamente privo di fondamento quanto è detto in questo parere.

Ho finito il mio tempo a disposizione, Presidente, proseguirò nel prossimo intervento l'esegesi di questo parere monco, che alla faccia della trasparenza ci è stato consegnato. Grazie.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Auch ich habe soeben erst dieses Gutachten erhalten und stelle nur fest, daß die Behauptung unter Punkt 2 - "spetta alle Province l'attribuzione dei compiti ai Comuni" - einfach nicht stimmt, denn die Zuständigkeit liegt bei der Region. Die

Region ist zuständig für „l'ordinamento“, was dann später zugegeben wird. Also kann die Provinz nicht Aufgaben den Gemeinden übertragen. Dann ist da die Rede: „essendo coinvolte sia le competenze legislative regionali che quelle provinciali, le relative scelte si dovranno muovere in un quadro di coerenza“ - sicher, sicher, ma non nel senso di improprie deleghe, von „improprie deleghe“ ist sogar die Rede. Die Region kann nicht mit ihrem Gesetz bestimmen, daß „con legge provinciale“ das oder jenes geschieht. Das kann die Region einfach nicht bestimmen. Die Provinz ist für etwas zuständig oder sie ist nicht zuständig, aber ohne daß die Region mit ihrem Gesetz sagt, die Provinz kann mit Landesgesetz etwas bestimmen oder übertragen. Es wird da zugegeben, daß eigentlich wir Recht haben, denn es stimmt nicht, daß die Provinzen die Zuständigkeit haben, den Gemeinden gewisse Aufgaben zu übertragen oder anzuerkennen.

Der Satz unter 4, wo es heißt: „pur essendo probabilmente inelusibile sia sul piano razionale che sul piano dei vincoli derivanti dalla legislazione statale stabilire la gestione comunale associativa di almeno parte delle attività di attuazione delle politiche per la montagna, non é inelusibile l'uso di uno speciale ente denominato comunità montana“. Da gibt der Gutachter selber zu, daß diese Berggemeinschaften doch notwendig sind und daß das was im staatlichen Gemeindeautonomiegesetz unter den Artikeln 28 und 29 enthalten ist, daß eben die Berggemeinschaften auch verfassungsrechtlich verankert sind, „inelusibile“ ist, das gibt dieser Gutachter selber zu.

Wie gesagt, er sagt, daß es da um regionale Zuständigkeiten geht und er redet von einem „quadro di coerenza“ und „ma non nel senso di improprie deleghe di potestà legislative da un ente all' altro. Er selber sagt „improprie deleghe di potestà legislative“ und da gibt es in diesem Artikel 3 fünfmal diese „improprie deleghe“. Die Region kann in ihrem Gesetz nicht bestimmen: „la legge provinciale stabilisce, la legge provinciale individua, la legge provinciale disciplina le modalità ed i tempi, la legge provinciale può disporre e la legge provinciale stabilisce“, das ist sicher verfassungswidrig. Interessant ist nur, daß in diesem Gutachten, das Sie heute in Verteidigung eurer merkwürdigen Vorschläge vorgelesen haben, der Gutachter doch so ernst zu nehmen ist, daß er eben sagt: „essendo coinvolte le competenze legislative regionali e quelle provinciali, le relative scelte dovranno muoversi in un quadro di coerenza ma non nel senso di improprie deleghe di potestà legislativa da un ente all' altro“. Die Region kann nicht in bezug auf das was in ihre Zuständigkeit fällt, sagen, die Provinzen machen das mit Landesgesetz. Se servono interventi di tipo ordinamentale queste spetteranno alla legislazione regionale, das ist das was wir behaupten.

Ich verstehe, daß sich die Frau Regionalassessor an den Präsidenten des Regionalrates wendet, damit ich endlich aufhöre. Ich höre hiermit auf Herr Präsident, weil meine Zeit abgelaufen ist.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bondi, bitte.

BONDI: Presidente, il cons. Morandini ha una grande capacità, che è quella di far pensare che argomenti e scelte politiche abbiano fondamento giuridico, però in questo caso così non è.

Allora non si può pensare che le comunità montane ci siano e debbano essere mantenute, in quanto ci sono due leggi nazionali che le disciplinano, perché le due leggi nazionali possono tranquillamente essere abrogate domani mattina, tanto è vero che c'è una proposta di riforma del Partito Popolare delle comunità montane.

Quindi il continuare a riferirsi alle due leggi come elemento per mantenere ancora una volta questo ente intermedio, mi pare valido e capace di attrarre consensi, ma assolutamente non giustificato.

Dovremo invece ragionare e su questo chiedo confronto al cons. Morandini, che mi sembra il più attento in questo momento sull'argomento, che è il ragionamento che va fatto rispetto non alla salvaguardia formale di uno strumento, ma alla salvaguardia sostanziale di quello che è il motivo, per cui le comunità montane sono nate, cioè il fatto di poter garantire ai comuni, che hanno questa particolare collocazione geografica, la possibilità di far proprio e di scegliere e governare il territorio, sotto il profilo socio economico la propria vita futura.

Su questo dobbiamo confrontarci e interrogarci, se alla fine di questo ragionamento dovessimo riscontrare che lo strumento migliore sono le comunità montane e non le associazioni, che alla fine del ragionamento sono la stessa, identica cosa, credo che eviteremo di portare avanti in quest'aula un ragionamento che è piuttosto di facciata che non di sostanza.

Quello che concordo, per quanto riguarda la mia competenza in provincia, del ragionamento fatto dal cons. Morandini e anche dai consiglieri del Partito Popolare, è che bisogna garantire alle nostre popolazioni ed ai nostri comuni la possibilità di promuovere e fare le scelte rispetto alla propria vita futura.

Rispetto a questo riteniamo che le comunità montane siano uno strumento da superare, come del resto si sta facendo con una proposta di legge a livello nazionale, attraverso meccanismi più flessibili che garantiscano l'obiettivo, il risultato, senza per questo formalizzarsi sul nome e tanto meno sul presupposto che, essendoci due leggi dello Stato italiano, questo sia il motivo sufficiente per continuare a mantenere l'ente comunità montana.

Credo che se ci spogliamo per un attimo da quello che è il nostro grado culturale e politico, è una sfida che per i nostri comuni e per le nostre popolazioni possiamo accettare, al di là di pareri e questioni giuridiche, che mi pare possono essere lasciate alla capacità del cons. Morandini ed alla mia curiosità però di sviluppare in altra sede. Grazie.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Taverna, bitte.

TAVERNA: Signor Presidente, non soltanto il cons. Morandini è attento all'esame di questo disegno di legge, ma anche altri seguono con interesse l'evoluzione che questo disegno di legge si trova a vivere, attraverso una presa di posizione da parte della maggioranza, che a mio giudizio ci pone nella condizione di una attenta riflessione.

E' vero che questa materia, per competenza, è affidata alla collega Chiodi, ma è altrettanto vero che, a questo proposito, la perdurante assenza del Presidente della

Giunta mi induce a ritenere che questo disegno di legge sia gestito in modo diretto, ma forse oserei dire in modo isolato, dal competente assessore e trova sponda in due interventi, che l'assessore provinciale alle riforme istituzionali ha voluto fare nel contesto dell'esame di questo art. 3.

Al di là del fatto che ritengo il confronto deve misurarsi non già su una quasi scontata oggettività del problema e su un altrettanto scontato apprezzamento, che il problema deve essere visto nella sua sostanza, ritengo invece che il problema deve essere visto nella sua capacità politica, per quanto riguarda una sorte di evoluzione della competenza, passando questa dalla Regione alla Provincia.

Mi pare giusto sottolineare un aspetto, che oltretutto è stato evidenziato dal parere che è stato letto dall'assessore competente, a difesa della propria impostazione, delle proprie tesi, mentre con altrettanta naturalezza il parere può essere letto per giungere ad opposte considerazioni e qui mi permetto di dissentire dalla valutazione che l'assessore provinciale alle riforme istituzionali ha voluto dare in questo contesto, perché a mio parere l'aspetto istituzionale della competenza, riferita alla Regione piuttosto che alla Provincia, trova puntuale momento di riflessione e di riferimento proprio nella necessità di difendere fino in fondo la competenza regionale, che è di natura ordinamentale.

Se noi a questo proposito facciamo confusione e quindi siamo tentati di attribuire alla provincia una quota di questa competenza, non soltanto noi faremo un cattivo servizio sul piano sostanziale, ma ritengo noi ci comporteremo nel verso che qualcuno vuole, giungendo all'approvazione anche di questo disegno di legge, spogliare definitivamente la Regione, quindi attentarne alla sua validità, nonché alla sua assistenza.

Proprio per queste ragioni mi sento di poter dire, con prudente valutazione, seguendo anche per quanto riguarda il ragionamento che questo anonimo giurista ha voluto dare a proposito dei problemi di cui ci stiamo intrattenendo, proprio perché quel prudente coordinamento delle competenze, quella ordinamentale assegnata alla Regione e quella sostanziale, di natura politica, di contenuto concreto, assegnata alla provincia, questo prudente coordinamento deve alla fine far emergere la necessità che alla Regione deve essere garantita la difesa del principio della competenza in materia ordinamentale e alla provincia non può che essere delineata, oltre che non già data, perché la provincia già questa competenza ce l'ha in ragione della sua articolazione istituzionale, sottolineare l'aspetto del contenuto e dell'indirizzo politico che a questo riguardo è bene sottoscrivere.

Quindi alla luce di questa modestissima riflessione, mi permetto di insistere sulla necessità di non considerare questo disegno di legge come un provvedimento volto alla realizzazione di questi due opposti, ma altrettanto significativi momenti istituzionali, perché in questo modo si viene in un coacervo di confuse proposte - signor Presidente arrivo alla conclusione - si viene a determinare una risposta incestuosa ad una realtà che a mio giudizio dovrebbe mantenere integre, sia l'aspetto ordinamentale, sia l'aspetto politico a capo della Regione e rispettivamente della Provincia.

PRÄSIDENT: Danke. Wer meldet sich zu Wort. Niemand. Dann stimmen wir ab über die Abänderung Nr. 7 von den Abgeordneten Zanoni, Valduga und Giordani.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Acht.

Wer stimmt dagegen? Die breite Mehrheit.

Wer enthält sich der Stimme? Drei.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Abänderungsantrag Nr. 8 von den Abgeordneten Willeit, Zendron, Morandini, unl. Unterschrift, Klotz, Leitner und Tarfusser.

Emendamento all' articolo 3 - comma 4

Al comma 4 dell' articolo 3 viene aggiunta la seguente lettera e):

"e) è garantita sentiti i consigli comunali interessati, l' unicità dell' ambito territoriale della comunità prevista dalla legge provinciale di Bolzano 20 marzo 1991 n° 7 riferita ai comuni ed alle frazioni ladini."

Änderungsantrag zu Artikel 3 Absatz 4

Zu Absatz 4 des Art. 3 wird folgender Buchstabe e) hinzugefügt:

"e) nach Anhören der betroffenen Gemeinderäte Gewährleistung der Einheitlichkeit der Gebietsbereiche der mit dem Südtiroler Landesgesetz vom 20. März 1991, Nr. 7 vorgesehenen Gemeinschaften mit Bezug auf die ladinischen Gemeinden und Fraktionen."

Abgeordneter Willeit, bitte.

WILLEIT: Grazie signor Presidente. Forse questo emendamento va inquadrato diversamente, forse come comma 1/ter dell' art. 3, ma a tanto si può provvedere se viene approvato.

Anch'io vorrei avere chiarezza su una questione fondamentale, di cui abbiamo sentito più volte quest'oggi e cioè se la Regione può o meno trasferire, delegare la propria competenza legislativa alle province. Vorrei dunque avere le norme di attuazione di cui si è parlato ed i pareri.

Per quanto concerne l'emendamento da me proposto e dagli altri firmatari, che desidero ringraziare, esso è molto chiaro, tende ad assicurare anche ai ladini della provincia di Bolzano l'ambito territoriale per l'esercizio dell'azione amministrativa comune.

Per me questo disegno di legge non specifica soltanto le funzioni amministrative, ma delinea un nuovo assetto istituzionale fra i vari livelli amministrativi, delimita il ruolo dei vari enti. I punti più importanti di questo disegno di legge sono senza dubbio il decentramento, le nuove forme associative, le privatizzazioni, le semplificazioni dei controlli.

L'emendamento, come vedete, riguarda l'associazione degli enti locali, l'esercizio della funzione amministrativa comunale in forma associata, che ritengo particolarmente importante nel prossimo futuro, pensate un po' come un comune soltanto può esercitare talune funzioni delegate, trasferite, di cui all'art. 2 dell'ordinamento dei comuni, comma 2, "funzioni culturali, educative, formative, patrimonio storico, artistico popolare, comunicazioni e trasporti, turismo, industria, tutela ambiente, cooperazione", sono tutte funzioni che superano di gran lunga i confini e le competenze di un solo ente territoriale comunale.

E' certo dunque che queste funzioni nuove vanno esercitate in modo associativo, il che significa anche che questa funzione assume una rilevanza molto più intensa, molto più politica che non soltanto amministrativa. E' dunque particolarmente importante, proprio per le comunità minoritarie, questa azione associativa diventa lo strumento primario di autonomia, di indipendenza amministrativa, l'elemento primario di coesione sociale e di protezione culturale, sarà il solo strumento efficace di gestire in proprio e di partecipare adeguatamente alla amministrazione, non solo della lingua e della cultura, ma anche del territorio, dei servizi sociali e così via.

Senza unificare questa azione amministrativa non è possibile dirigere l'azione verso i soggetti, verso l'oggetto, verso le peculiarità della comunità. Pensate soltanto ad un esempio e mi riferisco alla provincia di Bolzano, pensate all'uso della lingua in un ambito territoriale che corrisponde all'ambito culturale, viene usata la lingua della comunità negli atti, nelle sedute, nella documentazione, nell'intero apparato burocratico; se questo ambito è diverso, se la zona ladina è inserita nei comprensori diversi, non vi è diritto di utilizzare e di badare nemmeno all'elemento linguistico culturale.

L'emendamento riguarda appunto la garanzia dell'identità dell'ambito territoriale per l'esercizio delle funzioni locali, amministrative, in forma associativa, l'identità di questo ambito con quello culturale linguistico, cioè la stessa garanzia che troveremo subito dopo per i comuni ladini della provincia di Trento; il modo però per garantire questa unità è un altro, cioè è quello già previsto dalla legge provinciale sui comprensori, sulle comunità montane che è la stessa cosa in provincia di Bolzano, le due funzioni sono riunite nei comprensori in provincia di Bolzano, ma attualmente è la Giunta che delimita questi territori, assai discrezionalmente, ancorché vengono sentiti i consigli.

La mia proposta è quella di introdurre un vincolo per la giunta di delimitare questo territorio, sempre sentiti gli interessati, secondo i confini culturali, cioè a tutela ovviamente della comunità minoritaria.

Credo che questa richiesta abbia tutti i presupposti per essere accettata e vi chiedo l'approvazione.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich nehme Bezug auf das was der Kollege Willeit gesagt hat. Er hat gesagt: „trasferire competenza legislativa“, und zwar daß es nicht Zuständigkeit der Region sein kann - glaube ich - zu übertragen. Er hat dann auch davon gesprochen, was Zuständigkeit der Gemeinde sein kann, was die sogenannten Befugnisse der Gemeinden sein können, daß es eben auch gewisse Befugnisse geben kann, sogar viele, die gemeinsam ausgeübt werden müssen, weil es ansonsten nicht wirksam geschieht.

Ich möchte dazu nur bemerken: in der Verfassung sind als sogenannte örtlichen Körperschaften, für die jetzt die Region die ausschließliche Gesetzgebung hat, nur die Provinzen und die Gemeinden vorgesehen. Ich kann verfassungsrechtlich nicht sagen und wenn es auch noch so zweckmäßig wäre, daß die Gemeinden gewisse Aufgaben, gewisse Funktionen, auf die Berggemeinschaften übertragen müssen und wenn das noch so ideal wäre, es ist in der Verfassung einfach nicht vorgesehen. Man kann die Gemeinden nicht zwingen, man kann es fördern aber nicht erzwingen, daß sie ihre Befugnisse gemeinsam ausüben sollen. Autonom sind die Gemeinden - verfassungsrechtlich - und die Provinzen und dann die Regionen aber nicht, daß dann mit Regionalgesetz oder auch mit Staatsgesetz die Gemeinden gezwungen werden können, gewisse Befugnisse gemeinsam auszuüben. Ich weiß im Trentino heißt es, Südtirol hat 116 Gemeinden und Trentino hat 230 Gemeinden und hat darunter so kleine Gemeinden, mit denen es wirklich keinen Sinn mehr hat, eigentlich zu arbeiten. In Südtirol haben wir diese Art von Gemeinden etwa mit 500 Einwohnern noch drei an der Zahl, die sich auch meiner Ansicht nach der nächsten Gemeinde anschließen sollten.

Aber das kann nicht mit Gesetz erfolgen und ich weiß im Trentino versucht man eben auf anderer Art und Weise, daß sich die Gemeinden zusammenschließen, und dann womöglich wird es eben auch finanziell gefördert. Aber es können auch die kleinsten Gemeinden, die bestimmt nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben sinnvoll zu erfüllen, nicht gezwungen werden, daß sie sich mit einer anderen Gemeinde zusammenschließen, ob verschmelzen oder zusammenschließen ist gleich. Das wollte ich nur noch in dieser Debatte hervorheben.

Ich wollte auch sagen, daß Abgeordneter Peterlini vorher gesagt hat, daß man die Geheimabstimmung so quasi unnützerweise und nur um Zeit zu gewinnen verlangt. Da geht es ja wirklich um Grundsatzfragen, wo es schon richtig ist, wenn man darauf besteht, daß der Regionalrat ordentlich abstimmt und nicht nur so summarisch oder mit Handerheben. Da geht es wirklich um Grundsatzfragen, wo es schon dafür steht, daß man auf einer echten geheime Abstimmung besteht, damit sich wenigstens alle bewußt werden, daß es hier um eine wichtige Grundsatzfrage geht.

Hier bin ich der Ansicht, daß diese Bestimmung ja nichts zu tun hat mit der Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen von der Region auf die Provinzen. Da ist nur die Rede, daß die ladinischen Gemeinden zusammenarbeiten sollen und daher kann man ja dafür stimmen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Cons. Willeit, lei ha esaurito il tempo a sua disposizione. Ha chiesto di intervenire l'assessore Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Collega Willeit, se lei guarda l'art. 1/bis di questo disegno di legge vedrà che per i comuni della provincia di Bolzano non si applicano le disposizioni previste dall'art. 39, si legge l'art. 1/bis così come approvato e vedrà perché non possiamo accettare questo emendamento.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento, prot. n. 8935, a firma dei cons. Willeit ed altri. E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento, prot. n. 8935:

votanti	58
schede favorevoli	16
schede contrarie	36
schede bianche	4
schede nulle	2

Il Consiglio non approva.

Passiamo al prossimo emendamento, prot. n. 9107, a firma dei cons. Zanoni, Valduga e Giordani, che recita: dopo il comma 5 dell'art. 39 della legge regionale 4 gennaio 1993 n. 1, è inserito il seguente:

“6. Fatto salvo quanto disposto dai commi 1, 2, 3, 4 e 5, allo scopo di promuovere la valorizzazione delle zone montane e per l'esercizio in forma associata di funzioni e servizi propri dei comuni o a questi delegati dalla Regione e dalle Province autonome, nonché allo scopo di promuovere la fusione tra di loro di parte o di tutti i comuni associati, sono inoltre previste le comunità montane, enti locali di autonomia statutaria”.

Prego dare lettura del testo tedesco.

WILLEIT: Abänderungsantrag zum Artikel 3, eingebracht von den Abgeordneten Zanoni, Valduga und Giordani

Nach Absatz 5 des Artikels 39 des Regionalgesetzes von 04. Jänner 1993, Nr. 1, wird folgender Absatz hinzugefügt:

"6. Unbeschadet der Bestimmungen der Absätze 1,2,3,4 und 5 und um die Aufwertung der Berggebiete zu fördern sowie zur Ausübung der Funktionen und Dienste der Gemeinden oder jener, die von der Region oder von den autonomen

Provinzen delegiert worden sind - wobei immer die Form des Zusammenschlusses zu beachten ist - sowie zur Förderung der Fusion eines Teiles oder aller zusammengeschlossenen Gemeinden, werden die Berggemeinschaften vorgesehen, die Lokalkörperschaften mit Satzungsautonomie sind.“.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? La parola al cons. Morandini.

MORANDINI: Grazie. Ho ascoltato con interesse l'intervento precedente del cons. Bondi, lo ringrazio per l'attenzione e vorrei chiarire alcune cose. Cons. Bondi, mi creda qui non c'è alcun tipo di intestardimento da parte mia, c'è soltanto - lo ribadisco e sono contento che resti agli atti - una preoccupazione forte per l'assetto istituzionale che si sta dando, attraverso questo disegno di legge, anche al Trentino. Non è un caso che la provincia di Bolzano sia andata nella direzione che noi, con forte convinzione, anche se in minoranza andiamo a proporre.

Mi spiego. Ci sono, come lei ben sa, funzioni di livello sovracomunale, mi riferisco alla programmazione, alla pianificazione economica, territoriale, ecc., che se non trovano un livello sovracomunale di riferimento di fatto finiranno accentrate in capo alla provincia. Allora penso che questo accentramento è tutto fuorché la valorizzazione delle autonomie.

L'associazione dei comuni che lei propone e che abbiamo già vista scritta nelle sue proposte di legge non è sufficiente, perché non si danno tutte le competenze ai comuni, inoltre un conto è prevedere che, rispettando le normative nazionali, siano riconosciute certe competenze che le norme nazionali, norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali appuntano in capo alle comunità montane ed un conto è dire che queste competenze non si riconoscono e vedano i comuni il da farsi, pur sapendo bene il cons. Bondi che il livello di valle è un'entità socio-culturale estremamente rilevante, non solamente nell'Alto Adige, ma anche nel Trentino, penso che quella che è l'autonomia di vallata e di montagna è identica sia per il Trentino che per l'Alto Adige.

Allora questa della comunità montana è, a nostro avviso, uno strumento ineludibile di autonomia importante, per evitare il centralismo della provincia, cioè un modo con cui realmente la provincia può esercitare queste sue competenze.

Vengo a quanto lei poco fa diceva. Lei affermava: ma il fatto che ci sono le due leggi nazionali che prevedono le competenze delle comunità montane che cosa vuol dire? Se esistono e sono in vigore come sono, se domani mattina dovessero essere abrogate dal Parlamento ci inchineremo di fronte a questa abrogazione, anche se non la condivideremo, se queste leggi rappresentano norme fondamentali delle grandi riforme economico sociali, ai sensi dell'art. 4 e seguenti dello statuto il legislatore regionale deve tenerne presente.

Allora lei dice: conta la salvaguardia sostanziale, ma le faccio presente, lo scriverò finché ci sarò, che questa previsione, questa negazione di questo livello di unità di valle è di fatto un accentramento delle funzioni importanti in capo alla provincia, quindi è un ulteriore accentramento.

Lei dice: ci sono le associazioni dei comuni, che sono di fatto le comunità montane, ma questo potrà realizzarsi in qualche caso, ma è questa proprio la cartina di tornasole se si crede nelle associazioni di comuni, perché non è vero che è solo un atto formale, se crediamo realmente in queste dimensioni fra il comune e la provincia, cioè in queste unità di valle, che cosa costa riconoscere che abbiamo anche la forza per queste due leggi nazionali, che sono norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali, che cosa costa riconoscere questo!

Se non vado errato, cons. Bondi ed assessore Chiodi, anche la valle d'Aosta è andata in questa direzione, oltre che la provincia di Bolzano e mi pare anche qualche altra Regione.

Vengo un attimo alla seconda parte del parere, che non mi è stato possibile sviscerare prima. Questa seconda parte dice: "le autonomie speciali provvedono alle finalità della presente legge, secondo le disposizioni dei rispettivi statuti e delle relative norme di attuazione." Mi chiedo e vi chiedo: le norme di attuazione - concludo Presidente, mi consenta però è un po' difficile parlare in mezzo al vociferare alto dei colleghi, che sono liberissimi di non ascoltarmi, ma almeno chiedo che mi lascino parlare un po' tranquillamente - cioè in particolare il D.P.R. 279 del '74 comprendono o meno anche le comunità montane? Risposta affermativa, le comprendono.

Allora non è vero, come dice l'ultima parte del parere - concludo Presidente - che nulla sembra ostare a che venga valorizzata in via di principio la titolarità comunale delle funzioni di sviluppo dell'economia montana, non è vero, mi spiego, è vero in parte, ma non si può dare la titolarità esclusiva, proprio perché c'è questa derivazione delle leggi nazionali che ho ricordato e proprio perché la competenza dei comuni è competenza generale, ma non è vincolata, proprio perché generale e residuale, alle sole competenze tassativamente elencate.

Quindi la previsione contenuta nelle due leggi nazionali, che sono norme fondamentali delle grandi riforme economico-sociali ci consente, anzi proprio avvalorando questo tipo di unità di valle, che fra l'altro è un'entità socio-culturale rilevante, non solo per l'Alto Adige, che l'ha già previsto, ma anche per il trentino.

Quindi da questo punto di vista vorrei rappresentare all'aula l'occasione che sta perdendo per realizzare un reale decentramento di funzioni, diversamente torneremo continuamente a vedere accentrate in capo alla provincia le funzioni più importanti.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich bin selbstverständlich unbedingt einverstanden und ich glaube gerade die Region Trentino-Südtirol müßte ein Hauptförderer der Berggemeinschaften sein und müßte den Artikel 28 des Staatsgesetzes Nr. 142 vom 8. Juli 1990 begeistert anwenden, einheitlich für die ganze Region.

Der Artikel 28 sagt im ersten Absatz, - ich erinnere nur an jene, die sowieso nicht zuhören, aber damit es eben zu Protokoll kommt - Gebirgsgemeinschaften sind örtliche Körperschaften, die durch Regionalgesetze aus Gebirgsgemeinden und zum Teil im Gebirge gelegenen Gemeinden der selben Provinz zu dem Zwecke gegründet worden

sind, die Erschließung der Gebirgsgegenden, die gemeinschaftliche Ausübung der Gemeindefunktionen und die Vereinigung aller Partnergemeinden oder eines Teiles von ihnen zu fördern. Nach der Übertragung an der Region, die die ausschließliche Zuständigkeit für die Ordnung der örtlichen Körperschaften hat, hat nur mehr die Region mit der Ordnung und alles was damit zusammenhängt, auch der Gebirgsgemeinschaften, zu tun und selbstverständlich kann die Region eine solche Bestimmung herausgeben. Meiner Ansicht nach ist das sogar eine der vornehmsten Aufgaben der Region, eine Förderung der Gebirgsgemeinschaften zu führen, und meiner Ansicht nach ist dieser Artikel 28 und 29 des Staatsgesetz Nr. 142 schon ein Reformgrundsatz im Zusammenhang auch mit der jüngsten Ausgabe des Berggesetzes, an das sich die Region zu halten hat. Niemand würde im übrigen Italien verstehen, daß ausgerechnet die Region Trentino-Südtirol von den Gebirgsgemeinschaften für das Trentino nichts wissen will, also die Gebirgsgemeinschaften im Trentino ausschließt, wo doch dieselben ein wesentliches Instrument sind, geschaffen durch die staatliche Berggesetzgebung im Sinne des Artikels 44 der Verfassung, daß die ganze Region als Berggebiet angesehen wird mit Ausnahme der Hauptstädte. Wenn diese Bestimmung abgelehnt wird, dann ist es ein zusätzliches Zeichen, daß der heutige Regionalausschuß nicht mehr versteht, was eigentlich die Aufgabe der Region sein sollte.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 5 voti favorevoli, 4 voti di astensione e tutti gli altri contrari, l'emendamento è respinto...

Collega Klotz, lei ha ragione eventualmente di chiedere al Presidente di rifare la votazione e mi sta bene, però ho contato 5 voti, se poi la mano è stata alzata dopo! Comunque rifacciamo la votazione per evitare inutili polemiche.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 7 voti favorevoli, 6 voti di astensione e tutti gli altri contrari, l'emendamento è respinto.

Passiamo al prossimo emendamento, prot. n. 9079, a firma della Giunta regionale, sempre all'art. 3, che recita: dopo il comma 1 dell'art. 3 è aggiunto il seguente:

“1-bis. I comuni ladini della valle di Fassa possono gestire in forma associata le funzioni attribuite o delegate ai comuni da leggi o regolamenti anche ricorrendo a forme associative e collaborative diverse da quelle precedentemente indicate.”

Prego dare lettura del testo tedesco.

WILLEIT: Änderungsantrag zum Artikel 3, eingebracht vom Regionalausschuß

Im Absatz 3 wird nach dem Absatz 1 der nachstehende Absatz eingefügt:

"1-bis. Die ladinischen Gemeinden des Fassatales können die auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen den Gemeinden zuerkannten oder übertragenen Funktionen gemeinsam ausüben, uns zwar auch bei Inanspruchnahme von Formen des

Zusammenschlusses oder der Zusammenarbeit, die nicht mit denjenigen übereinstimmen, die bereits angegeben wurden."

PRESIDENTE: La Giunta intende illustrare l'emendamento? La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Nella stesura non avevamo introdotto l'emendamento peraltro già previsto nella legge n. 1 del 1993, che reintroduce una nuova disposizione per i comuni ladini della valle di Fassa e consentono loro di associarsi con forme che derogano da quelle già previste.

Per certi versi davamo per scontato questo articolo, ma nel giro delle consultazioni che abbiamo svolto, andando a presentare il disegno di legge, questo ci è stato sollecitato dai ladini della Valle di Fassa.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Eigentlich nur um zu fragen: wie kommt der Regionalausschuß dazu, daß man den Gemeinden Funktionen zuerkennen kann oder auf sie übertragen kann, nämlich nicht mit Gesetz, sondern mit Durchführungsverordnung. Mit Durchführungsverordnung soll man den Gemeinden Funktionen zuerkennen oder auf sie übertragen. Das ist doch unmöglich. Das ist nicht vorstellbar für denjenigen, der gewohnt ist rechtlich zu denken. Ich stelle diese Frage.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit, ne ha la facoltà.

WILLEIT: Prendo la parola soltanto per dire che sono pienamente d'accordo con questa proposta, che va vista assieme all'art. 3, assieme al punto 4 del comma 4 dell'art. 39 e che garantisce appunto ai comuni ladini del Trentino non soltanto l'ambito territoriale unito, ma anche la libertà di scelta delle forme di associazione.

Questo significa veramente tutela della minoranza, nel mentre ciò che avevo proposto prima per i ladini di Bolzano andava nella stessa direzione debbo dire, assessore Chiodi, che non è vero che l'art. 39 non va applicato alla provincia di Bolzano, perché l'art. 1/bis è ancora da approvare, cioè ciò che mi risulta dal verbale!

Dunque mi dispiace veramente che prima si sia votato in base ad una simile dichiarazione.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Collega Benedikter, le leggo l'art. 39 della legge n. 1 del 4 gennaio 1993: "I comuni ladini della valle di Fassa possono gestire in forma associativa le funzioni attribuite o delegate ai comuni da leggi o regolamenti che ricorrendo a forme associative e collaborative diverse da quelle precedentemente indicate", è lo stesso emendamento.

Collega Willeit è vero che l'art. 1/bis non lo avevamo votato, spero venga votato e mi scuso, non avevo intenzione di imbrogliare le carte, siccome siamo all'art. 3 ero convinta che fosse già stato votato.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 8 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il Consiglio approva.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 3 così emendato? Ha chiesto la parola il cons. Dalbosco, ne ha la facoltà.

DALBOSCO: Presidente, desidero porre all'assessore competente una domanda e nel contempo proporre un'osservazione. In questo articolo andiamo a disciplinare gli ambiti territoriali, che in alcune leggi nazionali sono altresì chiamati ambiti territoriali ottimali, effettivamente il concetto di ottimalità è anche contenuto in questo art. 3 in termini letterali, quindi mi riferirò ad essi come ambiti territoriali ottimali.

Non è detto che le diverse funzioni ed i diversi servizi per i quali andiamo a prevedere gli ambiti territoriali ottimali, abbiano ambiti identici per ciascuna funzione, per ciascun servizio. In effetti alla lettera d) del comma 4 noi abbiamo sì un principio di unicità, ma questo principio potremmo chiamarlo principio di unicità temperato, infatti si dice che uno dei criteri per l'individuazione di ambiti territoriali ottimali in cui i comuni devono associarsi è la unicità, tuttavia subito si aggiunge: "la legge provinciale può disporre che per ragioni di economicità ed efficienza particolari servizi pubblici, in sintesi quelli a carattere imprenditoriale siano organizzati in forma associata, con riferimento ad ambiti territoriali diversi e più ampi e con le forme di gestione", ecc.

In questi giorni, nella provincia di Trento, stiamo prendendo visione e studiando il disegno di legge Bondi, che traduce nella nostra provincia ciò che viene concesso a livello regionale da questa proposta di legge. In quel disegno di legge noi assistiamo non ad una unicità di ambiti territoriali, ma a due ambiti territoriali ottimali.

Allora pongo una questione, perché mi sembra fondamentale, anche in vista della interpretazione di un testo di legge, che si presta a più di una interpretazione. Ci sono funzioni e servizi di carattere sociale, basilare in ambiti sovracomunali, quali l'edilizia pubblica, gli asili nido, la cultura, che indubbiamente rientrano negli ambiti territoriali univocamente determinati da questo articolo, per cui sette comuni, nove comuni, numero comuni si associano in modo univoco per la gestione di quei servizi e per l'esercizio di quelle funzioni, ma quando andiamo a parlare di distribuzione del gas, produzione e distribuzione dell'energia elettrica, gestione dei rifiuti, in questo caso non mi sembra ovvio che gli ambiti territoriali n. 2, quelli più ampi a cui si fa cenno nella lettera d) coincidano.

Infatti nelle leggi nazionali, nella legge 10 del '91 sull'energia elettrica, nella legge Galli del '94 e nel decreto Ronchi del '97 ciascun ambito territoriale, variamente denominato, va per conto suo, non è detto che ci siano gestioni pluriservizio che portano a coincidere i diversi ambiti territoriali per la gestione dell'acqua, piuttosto

che per la gestione dei rifiuti, piuttosto che per la distribuzione dell'energia elettrica, allora chiedo un'interpretazione.

Già in Commissione proposi un emendamento, che passò, al comma 2 di questo articolo, perché fosse prevista una pluralità di ambiti territoriali n. 2, quelli ampi per i servizi a carattere imprenditoriale, chiedo un chiarimento autorevole in questa sede, cioè chiedo di confermare la mia affermazione o di smentirla, cioè io vengo a dire questo: non necessariamente l'ambito territoriale della legge Galli per la gestione delle acque coincide con l'ambito territoriale per la gestione, produzione e/o distribuzione dell'energia elettrica, infatti questi servizi hanno caratteristiche diverse e non è detto che gli ambiti territoriali ampi siano coincidenti.

Dunque a me pare che questa lettera d) in prospettiva si presti a questo tipo di interpretazione, fatto salvo che c'è una univocità di ambito per i servizi di base sovracomunali, però i servizi a carattere di impresa potrebbero anche andare ciascuno per conto proprio e quindi questo articolo non implica di per sé una gestione pluriservizio, come quella di cui invece si sta dibattendo molto in Trentino in questo momento.

Chiedo quindi se il dettato della legge che andiamo a votare - Presidente mi scusi, devo alzare la voce e forse sto rintonando le orecchie dei colleghi, parlo anche con un numero di decibel notevolmente inferiore se mi è concesso! - consentirà alle leggi provinciali anche una elasticità, quindi una non univocità nella determinazione degli ambiti territoriali per la produzione e distribuzione dell'energia elettrica, per la gestione delle acque e per la gestione dei rifiuti, secondo quanto in fondo è attualmente concesso dalle relative leggi nazionali, oppure se, viceversa, questo dettato di legge ci porterà ad una determinazione obbligata di due e non più di due ambiti territoriali: quello per i servizi di base ed un altro ambito più ampio per una gestione pluriservizio di tutto ciò che ha carattere imprenditoriale, perché queste sono prospettive molto diverse, anche per quanto riguarda la diversa responsabilità dei comuni, rispetto a questi ambiti di gestione, delle acque, dei rifiuti, dell'elettricità o della distribuzione del gas metano.

Su questo vorrei un chiarimento, perché non mi sembra che sia del tutto chiaro il testo di legge presentato. Grazie.

PRESIDENTE: Nella conferenza dei Capigruppo avevamo concordato di interrompere i lavori alle ore 17.00, per permettere alla II^a Commissione legislativa di svolgere la programmata audizione.

Chiudo pertanto i lavori, il Consiglio è convocato per domani alle ore 10.00.
La seduta è tolta.

(ore 16.56)

INDICE

Disegno di legge n. 86:

Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige) (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 4

Interrogazioni e interpellanze

pag. 44

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 86:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 4

Anfragen und Interpellationen

Seite 44

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

PINTER Roberto (<i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i>)	pag.	4-7-9
KLOTZ Eva (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	5-7
CHIODI-WINKLER Wanda (<i>Gruppo Partito Democratico della Sinistra</i>)	"	5-8-17-25-37-41-42
BENEDIKTER Alfons (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	10-16-20-24-28-31- 36-39-41
GASPEROTTI Guido (<i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i>)	"	11-15-21
MORANDINI Pino (<i>Forza Italia - C.D.U.</i>)	"	16-19-23-26-29-38
ZANONI Danilo (<i>Gruppo Partito Popolare Italiano</i>)	"	18-20
BONDI Mauro (<i>Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.</i>)	"	22-29-32
TAVERNA Claudio (<i>Gruppo Alleanza Nazionale</i>)	"	33
WILLEIT Carlo (<i>Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale</i>)	"	34-41
DALBOSCO Marco (<i>Gruppo La Rete</i>)	"	42